



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

---

*Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres*

---

**2013/0091(COD)**

19.6.2013

**\*\*\*I**

## **ENTWURF EINES BERICHTS**

über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit und die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI und 2005/681/JI des Rates (COM(2013)0173 – C7-0094/2013 – 2013/0091(COD))

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

Berichterstatter: Agustín Díaz de Mera García Consuegra

### ***Erklärung der benutzten Zeichen***

- \* Verfahren der Konsultation
- \*\*\* Verfahren der Zustimmung
- \*\*\*I Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (erste Lesung)
- \*\*\*II Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (zweite Lesung)
- \*\*\*III Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (dritte Lesung)

(Die Angabe des Verfahrens beruht auf der im Rahmen des Entwurfs eines Rechtsakts vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

### ***Änderungsanträge zu einem Entwurf eines Gesetzgebungsakts***

In den Änderungsanträgen des Parlaments werden die Änderungen am Entwurf eines Gesetzgebungsakts durch ***Fett- und Kursivdruck*** gekennzeichnet. Wenn Textteile *mager und kursiv* gesetzt werden, dient das als Hinweis an die zuständigen technischen Dienststellen, dass für diese Teile des Entwurfs eines Gesetzgebungsakts im Hinblick auf die Erstellung des endgültigen Textes eine Korrektur empfohlen wird (beispielsweise wenn Textteile in einer Sprachfassung offenkundig fehlerhaft sind oder ganz fehlen). Diese Korrektorempfehlungen bedürfen der Zustimmung der betreffenden technischen Dienststellen.

Der Kopftext zu dem gesamten Änderungsantrag zu einem bestehenden Rechtsakt, der durch den Entwurf eines Gesetzgebungsakts geändert werden soll, umfasst auch eine dritte und eine vierte Zeile, in der der bestehende Rechtsakt bzw. die von der Änderung betroffene Bestimmung des bestehenden Rechtsakts angegeben werden. Textteile, die aus einer Bestimmung eines bestehenden Rechtsakts übernommen sind, die das Parlament ändern will, obwohl sie im Entwurf eines Gesetzgebungsakts nicht geändert ist, werden durch **Fettdruck** gekennzeichnet. Streichungen in solchen Textteilen werden wie folgt gekennzeichnet: [...].

## INHALT

	<b>Seite</b>
ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS .....	5
BEGRÜNDUNG .....	85



## ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

zum Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit und die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI und 2005/681/JI des Rates (COM(2013)0173 – C7-0094/2013 – 2013/0091(COD))

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)

*Das Europäische Parlament,*

- in Kenntnis des Vorschlags der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2013)0173),
  - gestützt auf Artikel 294 Absatz 2 sowie Artikel 88 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C7-0094/2013),
  - gestützt auf Artikel 294 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,
  - gestützt auf Artikel 55 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres sowie der Stellungnahmen des Haushaltsausschusses, des Haushaltskontrollausschusses und des Ausschusses für konstitutionelle Fragen (A7-0000/2013),
1. legt den folgenden Standpunkt in erster Lesung fest;
  2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie beabsichtigt, ihren Vorschlag entscheidend zu ändern oder durch einen anderen Text zu ersetzen;
  3. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

### Änderungsantrag 1

#### Vorschlag für eine Verordnung Titel

*Vorschlag der Kommission*

über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit **und die Aus- und Fortbildung** auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur **Aufhebung der Beschlüsse** 2009/371/JI

*Geänderter Text*

über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur **Aufhebung des Beschlusses** 2009/371/JI des Rates

*Begründung*

*Der Berichterstatter ist der Auffassung, dass die Verschmelzung von Europol und Cpol nicht angezeigt ist, da diese, wenngleich im polizeilichen Bereich angesiedelt, sehr unterschiedliche Ziele und Aufgaben in der Zusammenarbeit im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts der Europäischen Union haben. Diese Erklärung trifft für alle folgenden Änderungsanträge auf Streichung zu.*

**Änderungsantrag 2**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Bezugsvermerk 1**

*Vorschlag der Kommission*

gestützt auf den Vertrag über die  
Arbeitsweise der Europäischen Union,  
insbesondere auf Artikel 88 ***und Artikel 87***  
***Absatz 2 Buchstabe b,***

*Geänderter Text*

gestützt auf den Vertrag über die  
Arbeitsweise der Europäischen Union,  
insbesondere auf Artikel 88,

*Begründung*

*Jeder Hinweis auf die CEPOL sollte gestrichen werden, da der Berichterstatter der Auffassung ist, dass die Verschmelzung Europol-Cepol nicht angezeigt ist.*

**Änderungsantrag 3**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Erwägung 3**

*Vorschlag der Kommission*

***(3) Die Europäische Polizeiakademie  
(CEPOL) wurde durch den Beschluss  
2005/681/JI des Rates errichtet und hat  
die Aufgabe, Schulungen über Aspekte  
der europaweiten Polizeiarbeit zu  
organisieren und koordinieren, um die  
Zusammenarbeit zwischen den nationalen***

*Geänderter Text*

***entfällt***

**Polizeidiensten zu erleichtern.**

Or. es

*Begründung*

*Jeder Hinweis auf die CEPOL sollte gestrichen werden, da der Berichterstatter der Auffassung ist, dass die Verschmelzung Europol-Cepol nicht angezeigt ist.*

**Änderungsantrag 4**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Erwägung 4**

*Vorschlag der Kommission*

(4) Gemäß dem “Stockholmer Programm - Ein offenes und sicheres Europa im Dienste und zum Schutz der Bürger” soll Europol zu “einem Knotenpunkt des Informationsaustauschs zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten, einem Diensteanbieter und einer Plattform für Strafverfolgungsdienste werden“. Auf der Grundlage einer Evaluierung der Arbeitsweise von Europol ist die Verbesserung ihrer operativen Effizienz in diesem Zusammenhang notwendig, um dieses Ziel zu erreichen.

***Außerdem enthält das Stockholmer Programm die Zielvorgabe, dass auf nationaler Ebene und auf Unionsebene europäische Aus- und Fortbildungsprogramme sowie Austauschprogramme für das entsprechende Personal von Strafverfolgungsbehörden aufgelegt werden sollen, um eine echte europäische Strafverfolgungskultur zu schaffen.***

*Geänderter Text*

(4) Gemäß dem “Stockholmer Programm - Ein offenes und sicheres Europa im Dienste und zum Schutz der Bürger” soll Europol zu “einem Knotenpunkt des Informationsaustauschs zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten, einem Diensteanbieter und einer Plattform für Strafverfolgungsdienste werden“. Auf der Grundlage einer Evaluierung der Arbeitsweise von Europol ist die Verbesserung ihrer operativen Effizienz in diesem Zusammenhang notwendig, um dieses Ziel zu erreichen.

Or. es

*Begründung*

*Jeder Hinweis auf die Aus- und Fortbildung sollte gestrichen werden, da der Berichterstatter der Auffassung ist, dass die Verschmelzung Europol-Cepol nicht angezeigt ist.*

## Änderungsantrag 5

### Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 5

#### *Vorschlag der Kommission*

(5) Große kriminelle oder terroristische Netze stellen eine erhebliche Bedrohung für die innere Sicherheit in der Europäischen Union und für die Sicherheit und die Lebensbedingungen der Unionsbürger dar. Aktuelle Bedrohungsanalysen haben ergeben, dass kriminelle Gruppen immer häufiger in mehreren verschiedenen Kriminalitätsbereichen und über Landesgrenzen hinweg aktiv sind. Die nationalen Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten sollten daher mehr und enger untereinander zusammenarbeiten. In diesem Zusammenhang ist es erforderlich, Europol für eine stärkere Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der unionsweiten Verhütung, Analyse und Untersuchung von Straftaten auszurüsten. Dies ist auch bei der Evaluierung **der Beschlüsse** 2009/371/JI **und** 2005/681/JI des Rates deutlich geworden.

#### *Geänderter Text*

(5) Große kriminelle oder terroristische Netze stellen eine erhebliche Bedrohung für die innere Sicherheit in der Europäischen Union und für die Sicherheit und die Lebensbedingungen der Unionsbürger dar. Aktuelle Bedrohungsanalysen haben ergeben, dass kriminelle Gruppen immer häufiger in mehreren verschiedenen Kriminalitätsbereichen und über Landesgrenzen hinweg aktiv sind. Die nationalen Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten sollten daher mehr und enger untereinander zusammenarbeiten. In diesem Zusammenhang ist es erforderlich, Europol für eine stärkere Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der unionsweiten Verhütung, Analyse und Untersuchung von Straftaten auszurüsten. Dies ist auch bei der Evaluierung **des Beschlusses** 2009/371/JI des Rates deutlich geworden.

Or. es

#### *Begründung*

*Jeder Hinweis auf die CEPOL sollte gestrichen werden, da der Berichtersteller der Auffassung ist, dass die Verschmelzung Europol-Cepol nicht angezeigt ist.*

## Änderungsantrag 6

### Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 6

#### *Vorschlag der Kommission*

**(6) Da zwischen den derzeitigen Aufgaben von Europol und CEPOL Verbindungen bestehen, würden sich durch die**

#### *Geänderter Text*

**entfällt**



***Zusammenlegung oder Verschlinkung der Funktionen der beiden Agenturen die Effizienz der operativen Maßnahmen, die Relevanz der Aus- und Fortbildungsmaßnahmen und die Wirksamkeit der unionsweiten polizeilichen Zusammenarbeit erhöhen.***

Or. es

*Begründung*

*Jeder Hinweis auf die CEPOL sollte gestrichen werden, da der Berichterstatter der Auffassung ist, dass die Verschmelzung Europol-Cepol nicht angezeigt ist.*

**Änderungsantrag 7**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Erwägung 7**

*Vorschlag der Kommission*

(7) **Die Beschlüsse** 2009/371/JI **und** 2005/681/JI des Rates **sollten** daher aufgehoben und durch die vorliegende, auf den Erkenntnissen aus der Umsetzung **der beiden Beschlüsse** aufbauende Verordnung ersetzt werden. Die durch diese Verordnung geschaffene Agentur sollte die bestehenden, **in den beiden aufgehobenen Beschlüssen** niedergelegten Aufgaben von Europol **und CEPOL** übernehmen und wahrnehmen.

*Geänderter Text*

(7) **Der Beschluss** 2009/371/JI des Rates **sollte** daher aufgehoben und durch die vorliegende, auf den Erkenntnissen aus der Umsetzung **des Beschlusses** aufbauende Verordnung ersetzt werden. Die durch diese Verordnung geschaffene Agentur **Europol** sollte die bestehenden, **im aufgehobenen Beschluss** niedergelegten Aufgaben von Europol übernehmen und wahrnehmen.

Or. es

*Begründung*

*Jeder Hinweis auf die CEPOL sollte gestrichen werden, da der Berichterstatter der Auffassung ist, dass die Verschmelzung Europol-Cepol nicht angezeigt ist.*

## Änderungsantrag 8

### Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 9

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(9) Europol sollte in einem klaren, dem ermittelten Schulungsbedarf angemessenen Rahmen qualitativ bessere, aufeinander aufbauende und kohärente Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Strafverfolgungsbedienstete aller Dienstgrade sicherstellen.**

**entfällt**

Or. es

*Begründung*

*Jeder Hinweis auf die Aus- und Fortbildung sollte gestrichen werden, da der Berichterstatter der Auffassung ist, dass die Verschmelzung Europol-Cepol nicht angezeigt ist.*

## Änderungsantrag 9

### Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 11

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(11) Um die Effizienz von Europol als Knotenpunkt für den Informationsaustausch in der Union zu erhöhen, sollten die Pflichten der Mitgliedstaaten bezüglich der Übermittlung von Daten, die Europol benötigt, damit es die von ihm verfolgten Ziele erreichen kann, eindeutig festgelegt werden. Die Mitgliedstaaten sollten bei der Erfüllung dieser Pflichten besonders darauf achten, dass sich die übermittelten Daten auf Kriminalitätsformen beziehen, deren Bekämpfung in den einschlägigen politischen Instrumenten der Union vorrangige strategische und operative Bedeutung beigemessen wird. Die Mitgliedstaaten sollten zudem Daten, die sie auf bi- oder multilateraler Ebene mit

(11) Um die Effizienz von Europol als Knotenpunkt für den Informationsaustausch in der Union zu erhöhen, sollten die Pflichten der Mitgliedstaaten bezüglich der Übermittlung von Daten, die Europol benötigt, damit es die von ihm verfolgten Ziele erreichen kann, eindeutig festgelegt werden. Die Mitgliedstaaten sollten bei der Erfüllung dieser Pflichten besonders darauf achten, dass sich die übermittelten Daten auf Kriminalitätsformen beziehen, deren Bekämpfung in den einschlägigen politischen Instrumenten der Union vorrangige strategische und operative Bedeutung beigemessen wird. Die Mitgliedstaaten sollten zudem Daten, die sie auf bi- oder multilateraler Ebene mit

anderen Mitgliedstaaten über in die Zuständigkeit von Europol fallende Kriminalitätsformen austauschen, jeweils in Kopie an Europol übermitteln. Die gegenseitige Zusammenarbeit und der Informationsaustausch sollten zugleich durch eine stärkere Unterstützung der Mitgliedstaaten durch Europol intensiviert werden. ***Europol sollte den Organen der Union und den nationalen Parlamenten einen jährlichen Bericht über den Umfang der Informationsübermittlung von Seiten der einzelnen Mitgliedstaaten an Europol vorlegen.***

anderen Mitgliedstaaten über in die Zuständigkeit von Europol fallende Kriminalitätsformen austauschen, jeweils in Kopie an Europol übermitteln. Die gegenseitige Zusammenarbeit und der Informationsaustausch sollten zugleich durch eine stärkere Unterstützung der Mitgliedstaaten durch Europol intensiviert werden.

Or. es

### *Begründung*

*Europol sollte nicht befugt sein, die Mitgliedstaaten zu prüfen oder zu evaluieren.*

## **Änderungsantrag 10**

### **Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 12**

#### *Vorschlag der Kommission*

(12) Um eine effiziente Zusammenarbeit zwischen Europol und den Mitgliedstaaten sicherzustellen, sollte in jedem Mitgliedstaat eine nationale Stelle eingerichtet werden. ***Die nationale Stelle sollte die Verbindungsstelle zwischen den nationalen Strafverfolgungsbehörden, den nationalen Schulungseinrichtungen und Europol sein.*** Jede nationale Stelle sollte mindestens einen Verbindungsbeamten zu Europol entsenden, um einen kontinuierlichen und wirksamen Informationsaustausch zwischen Europol und den nationalen Stellen sicherzustellen und die gegenseitige Zusammenarbeit zu erleichtern.

#### *Geänderter Text*

(12) Um eine effiziente Zusammenarbeit zwischen Europol und den Mitgliedstaaten sicherzustellen, sollte in jedem Mitgliedstaat eine nationale Stelle eingerichtet werden. ***In dieser Verordnung sollte die Rolle der nationalen Stellen von Europol beibehalten werden als Garant und Hüter der nationalen Interessen innerhalb der Agentur. Die nationalen Stellen sollten als Kontaktstelle zwischen Europol und den zuständigen Behörden beibehalten werden, um so eine zentrale und zugleich koordinierende Rolle in der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten mit und durch Europol sicherzustellen, wodurch eine einheitliche Reaktion des Mitgliedsstaats auf die Anforderungen von Europol gesichert wird.*** Jede nationale Stelle sollte mindestens einen

Verbindungsbeamten zu Europol entsenden, um einen kontinuierlichen und wirksamen Informationsaustausch zwischen Europol und den nationalen Stellen sicherzustellen und die gegenseitige Zusammenarbeit zu erleichtern.

Or. es

### *Begründung*

*Jeder Hinweis auf die Aus- und Fortbildung sollte gestrichen werden, da der Berichtersteller der Auffassung ist, dass die Verschmelzung Europol-Cepol nicht angezeigt ist.*

### **Änderungsantrag 11**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 14**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(14) Um qualitativ hochwertige, aufeinander aufbauende und kohärente Aus- und Fortbildungsmaßnahmen der Union auf dem Gebiet der Strafverfolgung zu gewährleisten, sollte Europol nach Maßgabe einer Aus- und Fortbildungspolitik der Union für den Strafverfolgungsbereich vorgehen. Die von der Union angebotenen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen sollten Strafverfolgungsbediensteten aller Dienstgrade offen stehen. Europol sollte sicherstellen, dass alle Schulungsmaßnahmen ausgewertet und die bei der Analyse des Schulungsbedarfs gewonnenen Erkenntnisse in die künftige Planung einfließen, damit Doppelschulungen vermieden werden. Europol sollte sich dafür einsetzen, dass Aus- und Fortbildungsmaßnahmen der Union in den Mitgliedstaaten anerkannt werden.***

***entfällt***

Or. es

## *Begründung*

*Jeder Hinweis auf die Aus- und Fortbildung sollte gestrichen werden, da der Berichterstatter der Auffassung ist, dass die Verschmelzung Europol-Cepol nicht angezeigt ist.*

### **Änderungsantrag 12**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 16**

##### *Vorschlag der Kommission*

(16) Die Kommission und die Mitgliedstaaten sollten im Verwaltungsrat von Europol vertreten sein, um dessen Arbeit wirksam beaufsichtigen zu können. ***Entsprechend dem Doppelmandat der neuen Agentur (operative Unterstützung sowie Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung) sollten die ordentlichen Mitglieder (Vollmitglieder) des Verwaltungsrates nach ihren Kenntnissen auf dem Gebiet der Strafverfolgungszusammenarbeit und die stellvertretenden Mitglieder nach ihren Kenntnissen auf dem Gebiet der Schulung von Strafverfolgungsbediensteten ernannt werden. In Abwesenheit des ordentlichen Mitglieds sowie immer dann, wenn über Schulungsfragen diskutiert oder entschieden wird, sollte das stellvertretende Mitglied als Vollmitglied fungieren. Der Verwaltungsrat sollte durch einen wissenschaftlichen Beirat in praktischen Aus- und Fortbildungsfragen beraten werden.***

##### *Geänderter Text*

(16) Die Kommission und die Mitgliedstaaten sollten im Verwaltungsrat von Europol vertreten sein, um dessen Arbeit wirksam beaufsichtigen zu können.

Or. es

## *Begründung*

*Jeder Hinweis auf die Aus- und Fortbildung sollte gestrichen werden, da der Berichterstatter der Auffassung ist, dass die Verschmelzung Europol-Cepol nicht angezeigt ist.*

## Änderungsantrag 13

### Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 17

#### *Vorschlag der Kommission*

(17) Der Verwaltungsrat sollte mit den nötigen Befugnissen ausgestattet werden, um insbesondere den Haushaltsplan aufzustellen und seinen Vollzug zu überprüfen, entsprechende Finanzbestimmungen und Planungsdokumente zu erlassen, transparente Arbeitsverfahren für die Beschlussfassung durch den Europol-Exekutivdirektor festzulegen und den jährlichen Tätigkeitsbericht anzunehmen. Der Verwaltungsrat sollte gegenüber den Bediensteten Europol einschließlich des Exekutivdirektors die Befugnisse der Anstellungsbehörde ausüben. ***Um den Beschlussfassungsprozess zu verkürzen und die Beaufsichtigung der Verwaltung und der Haushaltsführung zu verstärken, sollte der Verwaltungsrat einen Exekutivausschuss einsetzen können.***

#### *Geänderter Text*

(17) Der Verwaltungsrat sollte mit den nötigen Befugnissen ausgestattet werden, um insbesondere den Haushaltsplan aufzustellen und seinen Vollzug zu überprüfen, entsprechende Finanzbestimmungen und Planungsdokumente zu erlassen, transparente Arbeitsverfahren für die Beschlussfassung durch den Europol-Exekutivdirektor festzulegen und den jährlichen Tätigkeitsbericht anzunehmen. Der Verwaltungsrat sollte gegenüber den Bediensteten Europol einschließlich des Exekutivdirektors die Befugnisse der Anstellungsbehörde ausüben.

Or. es

#### *Begründung*

*Der Berichtersteller ist der Auffassung, dass es nicht angemessen ist, dass ein Exekutivausschuss eingesetzt werden kann, um die Transparenz und interne Demokratie von Europol zu garantieren.*

## Änderungsantrag 14

### Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 21

#### *Vorschlag der Kommission*

(21) Um Eigentumsrechte an Daten und den Schutz von Informationen zu wahren, sollten die Mitgliedstaaten, Behörden in Drittstaaten und internationale

#### *Geänderter Text*

(21) Um Eigentumsrechte an Daten und den Schutz von Informationen zu wahren, sollten die Mitgliedstaaten, Behörden in Drittstaaten und internationale

Organisationen die Zwecke, zu denen Europol von ihnen übermittelte Daten verarbeiten darf, festlegen und die Zugriffsrechte einschränken können.

Organisationen die Zwecke, zu denen Europol von ihnen übermittelte Daten verarbeiten darf, festlegen und die Zugriffsrechte einschränken können. ***Diese Einschränkung trägt zur Transparenz und zur rechtlichen Sicherheit bei; diese ist von großer Bedeutung im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit.***

Or. es

## Änderungsantrag 15

### Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 23

#### *Vorschlag der Kommission*

(23) Um die operative Zusammenarbeit unter den Agenturen zu verstärken und insbesondere Verbindungen zwischen den in den einzelnen Agenturen bereits vorhandenen Daten feststellen zu können, sollte Europol ***dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) und*** Eurojust die Möglichkeit geben, auf die bei Europol vorliegenden Daten zuzugreifen und anhand dieser Daten Suchabfragen vorzunehmen.

#### *Geänderter Text*

(23) Um die operative Zusammenarbeit unter den Agenturen zu verstärken und insbesondere Verbindungen zwischen den in den einzelnen Agenturen bereits vorhandenen Daten feststellen zu können, sollte Europol Eurojust die Möglichkeit geben, auf die bei Europol vorliegenden Daten zuzugreifen und anhand dieser Daten Suchabfragen vorzunehmen ***in Übereinstimmung mit den spezifischen Garantien.***

Or. es

#### *Begründung*

*Artikel 88 Absatz 2 Buchstabe b des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union verweist auf die besondere Beziehung zwischen Europol und Eurojust, OLAF sollte nicht eingeschlossen werden.*

## Änderungsantrag 16

### Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 24

#### *Vorschlag der Kommission*

(24) Soweit es für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist, sollte Europol kooperative Beziehungen zu anderen EU-Stellen, zu Strafverfolgungsbehörden **und zu Schulungen zum Thema Strafverfolgung anbietenden Aus- und Fortbildungseinrichtungen** von Drittstaaten, internationalen Organisationen und privaten Parteien pflegen.

#### *Geänderter Text*

(24) Soweit es für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist, sollte Europol kooperative Beziehungen zu anderen EU-Stellen, zu Strafverfolgungsbehörden von Drittstaaten, internationalen Organisationen und privaten Parteien pflegen.

Or. es

#### *Begründung*

*Jeder Hinweis auf die Aus- und Fortbildung sollte gestrichen werden, da der Berichterstatter der Auffassung ist, dass die Verschmelzung Europol-Cepol nicht angezeigt ist.*

## Änderungsantrag 17

### Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 25

#### *Vorschlag der Kommission*

(25) Soweit es für die Erfüllung seiner Aufgaben und die Sicherstellung eines effizienten Vorgehens erforderlich ist, sollte Europol mit anderen EU-Stellen, mit Strafverfolgungsbehörden, **mit Schulungen zum Thema Strafverfolgung anbietenden Aus- und Fortbildungseinrichtungen** in Drittstaaten sowie mit internationalen Organisationen nicht personenbezogene Daten aller Art austauschen dürfen. Da Unternehmen, Wirtschaftsverbände, Nichtregierungsorganisationen und andere private Parteien Fachkenntnisse und Daten von direktem Nutzen für die Verhütung

#### *Geänderter Text*

(25) Soweit es für die Erfüllung seiner Aufgaben und die Sicherstellung eines effizienten Vorgehens erforderlich ist, sollte Europol mit anderen EU-Stellen, mit Strafverfolgungsbehörden in Drittstaaten sowie mit internationalen Organisationen nicht personenbezogene Daten aller Art austauschen dürfen. Da Unternehmen, Wirtschaftsverbände, Nichtregierungsorganisationen und andere private Parteien Fachkenntnisse und Daten von direktem Nutzen für die Verhütung und Bekämpfung von schwerer Kriminalität und Terrorismus besitzen, sollte Europol derartige Daten auch mit



und Bekämpfung von schwerer Kriminalität und Terrorismus besitzen, sollte Europol derartige Daten auch mit privaten Parteien austauschen dürfen. Um Störungen der Netz- und Informationssicherheit verursachende Cyberstraftaten zu verhüten und zu bekämpfen, sollte Europol im Sinne der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen zur Gewährleistung einer hohen gemeinsamen Netz- und Informationssicherheit in der Union mit den für die Sicherheit von Netzen und Informationssystemen zuständigen nationalen Behörden zusammenarbeiten und nicht personenbezogene Daten austauschen.

privaten Parteien austauschen dürfen. ***Dieser Austausch von Informationen muss stets in Kenntnis der betroffenen nationalen Stelle oder nationalen Stellen erfolgen. Sollte die auszutauschende Information speziell einen Mitgliedstaat oder konkrete Organe oder Einrichtungen betreffen, muss der Verwaltungsrat informiert werden und eine Stellungnahme abgeben.*** Um Störungen der Netz- und Informationssicherheit verursachende Cyberstraftaten zu verhüten und zu bekämpfen, sollte Europol im Sinne der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen zur Gewährleistung einer hohen gemeinsamen Netz- und Informationssicherheit in der Union mit den für die Sicherheit von Netzen und Informationssystemen zuständigen nationalen Behörden zusammenarbeiten und nicht personenbezogene Daten austauschen.

Or. es

#### *Begründung*

*Jeder Hinweis auf die Aus- und Fortbildung sollte gestrichen werden, da der Berichterstatter der Auffassung ist, dass die Verschmelzung Europol-Cepol nicht angezeigt ist.*

### **Änderungsantrag 18**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 26**

##### *Vorschlag der Kommission*

(26) Soweit es für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist, sollte Europol personenbezogene Daten mit anderen EU-Stellen austauschen dürfen.

##### *Geänderter Text*

(26) Soweit es für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist, sollte Europol personenbezogene Daten mit anderen EU-Stellen austauschen dürfen. ***Der Europäische Datenschutzbeauftragte unterstützt, dass dieser Informationsaustausch beschränkt bleibt auf die Personen, die Straftaten begangen haben oder die unter möglichem Verdacht stehen, Straftaten zu begehen, die in die***

***Kompetenz von Europol fallen.***

Or. es

***Begründung***

*Es ist notwendig, die Möglichkeit Europol's zum Austausch personenbezogener Daten mit anderen Organen der Union zu beschränken und diese nur auf die Personen zu begrenzen, welche Straftaten begangen haben oder die unter möglichem Verdacht stehen, Straftaten zu begehen, die in die Kompetenz von Europol fallen.*

**Änderungsantrag 19**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Erwägung 33 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(33a) Aufgrund des speziellen Charakters der Agentur sollte diese über eine eigene besondere Regelung verfügen, um den Datenschutz sicherzustellen, welche in keinem Fall der allgemeinen Regelung der Europäischen Union und seiner Agenturen nachstehen sollte. In diesem Sinne sollten die Reformen innerhalb der allgemeinen Bestimmungen zum Datenschutz so bald wie möglich auf Europol angewendet werden,***  
***– in keinem Fall später als zwei Jahre nach dem Inkrafttreten der neuen allgemeinen Bestimmungen.***  
***– diese Abstimmung der Bestimmungen zwischen den besonderen Regelungen von Europol und der EU zum Datenschutz sollte spätestens zwei Jahre nach Annahme einer Regelung hierzu erfolgen.***

Or. es

## Änderungsantrag 20

### Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 50

#### *Vorschlag der Kommission*

(50) Angesichts der Art der Aufgaben Europol und der Rolle seines Exekutivdirektors **sollte** der Exekutivdirektor vor seiner Ernennung sowie vor einer möglichen Verlängerung seines Mandats aufgefordert **werden können, gegenüber dem zuständigen Ausschuss des Europäischen Parlaments** eine Erklärung abzugeben und Fragen zu beantworten. Der Exekutivdirektor sollte **dem Europäischen Parlament** und dem Rat auch den Jahresbericht vorlegen. Ferner sollte das Europäische Parlament den Exekutivdirektor auffordern können, über die Durchführung seiner Aufgaben Bericht zu erstatten.

#### *Geänderter Text*

(50) Angesichts der Art der Aufgaben Europol und der Rolle seines Exekutivdirektors **wird** der Exekutivdirektor vor seiner Ernennung sowie vor einer möglichen Verlängerung seines Mandats aufgefordert, **gegenüber der parlamentarischen Kontrollstelle** eine Erklärung abzugeben und Fragen zu beantworten. Der Exekutivdirektor sollte **der genannten parlamentarischen Kontrollstelle** und dem Rat ebenso einen Jahresbericht vorlegen. Ferner sollte das Europäische Parlament den Exekutivdirektor auffordern können, über die Durchführung seiner Aufgaben Bericht zu erstatten.

Or. es

#### *Begründung*

*Artikel 88 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union verweist darauf, dass in der Verordnung die parlamentarische Kontrolle eingebunden werden sollte, welche durch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente erfolgen sollte. Hierzu wird die parlamentarische Kontrollstelle geschaffen, welche durch Artikel 53 der vorliegenden Verordnung geregelt wird.*

## Änderungsantrag 21

### Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 57

#### *Vorschlag der Kommission*

(57) Die durch diese Verordnung errichtete Agentur tritt an die Stelle des auf der Grundlage des Beschlusses 2009/371/JI des Rates errichteten Europäischen Polizeiamts (Europol) **und der auf der Grundlage des Beschlusses 2005/681/JI**

#### *Geänderter Text*

(57) Die durch diese Verordnung errichtete Agentur tritt an die Stelle des auf der Grundlage des Beschlusses 2009/371/JI des Rates errichteten Europäischen Polizeiamts (Europol) und wird deren Nachfolger. Es sollte daher auch dessen

***errichteten Europäischen  
Polizeiakademie (CEPOL)*** und wird deren  
Nachfolger. Es sollte daher auch dessen  
Rechtsnachfolger in Bezug auf die von ihm  
geschlossenen Verträge, einschließlich  
Arbeitsverträge, sein Vermögen und seine  
Verbindlichkeiten sein. Die internationalen  
Übereinkommen, die das auf der  
Grundlage des Beschlusses 2009/371/JI  
des Rates errichtete Europäische  
Polizeiamt ***und die auf der Grundlage des  
Beschlusses 2005/681/JI des Rates  
errichtete Europäische Polizeiakademie***  
abgeschlossen ***haben***, sollten ***mit  
Ausnahme des von der Europäischen  
Polizeiakademie abgeschlossenen  
Sitzabkommens*** in Kraft bleiben.

Rechtsnachfolger in Bezug auf die von ihm  
geschlossenen Verträge, einschließlich  
Arbeitsverträge, sein Vermögen und seine  
Verbindlichkeiten sein. Die internationalen  
Übereinkommen, die das auf der  
Grundlage des Beschlusses 2009/371/JI  
des Rates errichtete Europäische  
Polizeiamt abgeschlossen ***hat***, sollten in  
Kraft bleiben.

Or. es

#### *Begründung*

*Jeder Hinweis auf die CEPOL sollte gestrichen werden, da der Berichtersteller der  
Auffassung ist, dass die Verschmelzung Europol-Cepol nicht angezeigt ist.*

#### **Änderungsantrag 22**

##### **Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 58**

###### *Vorschlag der Kommission*

(58) Um zu gewährleisten, dass Europol  
weiterhin die Aufgaben des auf der  
Grundlage des Beschlusses 2009/371/JI  
des Rates errichteten Europäischen  
Polizeiamts ***und der auf der Grundlage  
des Beschlusses 2005/681/JI errichteten  
Europäischen Polizeiakademie*** nach  
bestem Vermögen erfüllen kann, sollten  
Übergangsregelungen getroffen werden,  
vor allem in Bezug auf den  
Verwaltungsrat, den Exekutivdirektor ***und  
die Zuweisung eines Teils der  
Haushaltsmittel Europols für Aus- und  
Fortbildungsmaßnahmen für einen  
Zeitraum von drei Jahren nach***

###### *Geänderter Text*

(58) Um zu gewährleisten, dass Europol  
weiterhin die Aufgaben des auf der  
Grundlage des Beschlusses 2009/371/JI  
des Rates errichteten Europäischen  
Polizeiamts nach bestem Vermögen  
erfüllen kann, sollten  
Übergangsregelungen getroffen werden,  
vor allem in Bezug auf den Verwaltungsrat  
und den Exekutivdirektor.

***Inkrafttreten dieser Verordnung.***

Or. es

*Begründung*

*Jeder Hinweis auf die CEPOL sollte gestrichen werden, da der Berichterstatter der Auffassung ist, dass die Verschmelzung Europol-Cepol nicht angezeigt ist.*

**Änderungsantrag 23**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 1 – Überschrift und Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Errichtung der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit ***und die Aus- und Fortbildung*** auf dem Gebiet der Strafverfolgung

***1. Um die Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden in der Europäischen Union zu verbessern, ihre Maßnahmen zu verstärken und zu unterstützen und eine kohärente europäische Aus- und Fortbildungspolitik auf dem Gebiet der Strafverfolgung sicherzustellen,*** wird eine Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit ***und die Aus- und Fortbildung*** auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) errichtet.

*Geänderter Text*

Errichtung der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung

***1. Um die Tätigkeit der Polizeibehörden und der anderen Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten sowie deren gegenseitige Zusammenarbeit bei der Verhütung und Bekämpfung der zwei oder mehr Mitgliedstaaten betreffenden schweren Kriminalität, des Terrorismus und der Kriminalitätsformen, die ein gemeinsames Interesse verletzen, das Gegenstand einer Politik der Union ist, zu unterstützen und zu verstärken,*** wird eine Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) errichtet.

Or. es

*Begründung*

*Jeder Hinweis auf die Aus- und Fortbildung sollte gestrichen werden, da der Berichterstatter der Auffassung ist, dass die Verschmelzung Europol-Cepol nicht angezeigt ist.*

## Änderungsantrag 24

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 2

#### *Vorschlag der Kommission*

2. Die durch diese Verordnung errichtete Agentur tritt an die Stelle des auf der Grundlage des Beschlusses 2009/371/JI des Rates errichteten Europäischen Polizeiamts (Europol) **und der auf der Grundlage des Beschlusses 2005/681/JI errichteten Europäischen Polizeiakademie (CEPOL)** und wird deren Nachfolger.

#### *Geänderter Text*

2. Die durch diese Verordnung errichtete Agentur tritt an die Stelle des auf der Grundlage des Beschlusses 2009/371/JI des Rates errichteten Europäischen Polizeiamts (Europol) und wird deren Nachfolger.

Or. es

#### *Begründung*

*Jeder Hinweis auf die CEPOL sollte gestrichen werden, da der Berichtersteller der Auffassung ist, dass die Verschmelzung Europol-Cepol nicht angezeigt ist.*

## Änderungsantrag 25

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 2 a (neu)

#### *Vorschlag der Kommission*

#### *Geänderter Text*

**2a. Europol ist in jedem Mitgliedstaat mit einer einzigen nationalen Stelle verbunden, die gemäß Artikel 7 eingerichtet oder benannt wird.**

Or. es

## Änderungsantrag 26

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Buchstabe a

#### *Vorschlag der Kommission*

#### *Geänderter Text*

(a) „zuständige Behörden der

(a) „zuständige Behörden der

Mitgliedstaaten“: *alle in den Mitgliedstaaten bestehenden Polizei- und sonstigen Strafverfolgungsbehörden, die nach innerstaatlichem Recht für die Prävention und Bekämpfung von Straftaten zuständig sind;*

Mitgliedstaaten“: *die von den Mitgliedstaaten aus den Reihen ihrer Polizeibehörden und anderer Beauftragter zur Einhaltung der Gesetze als solche benannt werden und nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts verantwortlich sind für die Verhütung und die Bekämpfung von Straftaten, für die Europol zuständig ist;*

Or. es

### *Begründung*

*Die neue Definition ist weiter gefasst und kann so alle zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten umfassen.*

### **Änderungsantrag 27**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Buchstabe b**

##### *Vorschlag der Kommission*

(b) „Bewertung“: die Zusammenstellung, Verarbeitung oder Nutzung von Daten zur Unterstützung kriminalpolizeilicher Ermittlungen;

##### *Geänderter Text*

(b) „Bewertung“: die Zusammenstellung, Verarbeitung oder Nutzung von Daten zur Unterstützung kriminalpolizeilicher Ermittlungen *sowie die Erfüllung aller anderen in Artikel 4 genannten Aufgaben;*

Or. es

### *Begründung*

*Es ist notwendig, den Begriff „Bewertung“ zu klären, da er sich nicht nur auf die Unterstützung bei strafrechtlichen Ermittlungen beziehen soll, sondern auch auf die Möglichkeit, Einzelbewertungen durchzuführen wie dies unter anderem im Rahmen von SOCTA oder TESAT erfolgt.*

## Änderungsantrag 28

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 3 – Absatz 3

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**3. Europol hat zum Ziel, Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Strafverfolgungsbedienstete zu unterstützen, zu konzipieren, durchzuführen und zu koordinieren.**

**entfällt**

Or. es

#### *Begründung*

*Jeder Hinweis auf die Aus- und Fortbildung sollte gestrichen werden, da der Berichterstatter der Auffassung ist, dass die Verschmelzung Europol-Cepol nicht angezeigt ist.*

## Änderungsantrag 29

### Vorschlag für eine Verordnung Kapitel II – Titel

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**AUFGABEN IM ZUSAMMENHANG  
MIT DER ZUSAMMENARBEIT AUF  
DEM GEBIET DER  
STRAFVERFOLGUNG**

**FUNKTIONEN**

Or. es

## Änderungsantrag 30

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 4 – Absatz 1

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

#### **Aufgaben**

1. Als Agentur der Europäischen Union kommt Europol nach Maßgabe dieser Verordnung folgenden **Aufgaben** nach:

#### **Tätigkeiten**

1. Als Agentur der Europäischen Union kommt Europol nach Maßgabe dieser Verordnung folgenden **Tätigkeiten** nach:



### Änderungsantrag 31

#### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 4 – Absatz 1 – Buchstabe b

##### *Vorschlag der Kommission*

(b) unverzügliche Unterrichtung der Mitgliedstaaten über diese betreffende Informationen und etwaige Zusammenhänge zwischen Straftaten;

##### *Geänderter Text*

(b) unverzügliche Unterrichtung der Mitgliedstaaten über diese betreffende Informationen und etwaige Zusammenhänge zwischen Straftaten **durch die nationalen Europol-Stellen;**

Or. es

##### *Begründung*

*Einschließung der nationalen Stellen, da sie die Kontaktstelle zwischen Europol und den Mitgliedstaaten bilden.*

### Änderungsantrag 32

#### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 4 – Absatz 1 – Buchstabe i

##### *Vorschlag der Kommission*

**(i) Unterstützung, Konzipierung, Durchführung und Koordinierung der in Kapitel III vorgesehenen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Strafverfolgungsbedienstete in Zusammenarbeit mit dem Netz der Schulungseinrichtungen der Mitgliedstaaten;**

##### *Geänderter Text*

**entfällt**

Or. es

##### *Begründung*

*Jeder Hinweis auf die Aus- und Fortbildung sollte gestrichen werden, da der Berichterstatter der Auffassung ist, dass die Verschmelzung Europol-Cepol nicht angezeigt ist.*

## Änderungsantrag 33

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 4 – Absatz 1 – Buchstabe j

#### *Vorschlag der Kommission*

(j) Unterstützung der auf der Grundlage von Titel V des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union errichteten EU-Einrichtungen und des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung (OLAF) mit sachdienlichen Informationen über Straftaten *und Analysen zu den in ihre Zuständigkeit fallenden Bereichen*;

#### *Geänderter Text*

(j) Unterstützung der auf der Grundlage von Titel V des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union errichteten EU-Einrichtungen und des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung (OLAF) mit sachdienlichen Informationen über Straftaten, *wenn dies unerlässlich ist für die Erfüllung ihrer Tätigkeiten und mit der Zustimmung des Staates, der in diesem Fall von dieser Unterstützung betroffen ist*;

Or. es

#### *Begründung*

*Im Falle von vertraulichen Daten ist immer die Zustimmung des Staates, der in diesem Fall betroffen ist, notwendig.*

## Änderungsantrag 34

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 4 – Absatz 1 – Buchstabe l a (neu)

#### *Vorschlag der Kommission*

#### *Geänderter Text*

*(la) Unterstützung der Ermittlungen in den Mitgliedstaaten insbesondere durch die Übermittlung aller sachdienlichen Informationen an die nationalen Stellen;*

Or. es

## Änderungsantrag 35

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 2

#### *Vorschlag der Kommission*

2. Europol kann innerhalb der Grenzen der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten, in denen der Einsatz der gemeinsamen Ermittlungsgruppe erfolgt, an allen Tätigkeiten der gemeinsamen Ermittlungsgruppe mitwirken und Informationen mit allen Mitgliedern der gemeinsamen Ermittlungsgruppe austauschen.

#### *Geänderter Text*

2. Europol kann innerhalb der Grenzen der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten, in denen der Einsatz der gemeinsamen Ermittlungsgruppe erfolgt, an allen Tätigkeiten der gemeinsamen Ermittlungsgruppe mitwirken und Informationen mit allen Mitgliedern der gemeinsamen Ermittlungsgruppe austauschen. ***Die Europol-Bediensteten nehmen nicht an der Ergreifung von Zwangsmaßnahmen teil.***

Or. es

## Änderungsantrag 36

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 3 a (neu)

#### *Vorschlag der Kommission*

#### *Geänderter Text*

***3a. Die Teilnahme von Europol an einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe ist mit den zuständigen Behörden des Mitgliedstaates abzustimmen, die diese bilden, und ist in einem Dokument festzuhalten, welches zuvor vom Direktor von Europol zu unterzeichnen und der entsprechenden Vereinbarung zur Schaffung der gemeinsamen Ermittlungsgruppe beizufügen ist.***

Or. es

## **Änderungsantrag 37**

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 3 b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***3b. Der im vorhergehenden Unterabsatz genannte Anhang legt die Bedingungen für die Teilnahme von Europol-Bediensteten an der gemeinsamen Ermittlungsgruppe fest, einschließlich der Festlegung der Vorrechte und Immunitäten dieser Bediensteten und der Verantwortung, welche sich aus möglichem unregelmäßigem Vorgehen derselben ergibt.***

Or. es

## **Änderungsantrag 38**

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 3 c (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***3c. Die Europol-Bediensteten, die an einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe teilnehmen, unterliegen in Bezug auf Verstöße, deren Gegenstand sie sind oder die sie begehen könnten, dem innerstaatlichen Recht des Mitgliedstaats, in dem die Ermittlungsgruppe tätig ist, und das auf alle Mitglieder der Ermittlungsgruppe Anwendung findet, welche in diesem Mitgliedstaat analoge Tätigkeiten ausführen.***

Or. es

## **Änderungsantrag 39**

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 3 d (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***3d Die Europol-Bediensteten, die an einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe teilnehmen, können Informationen aus Datenspeichersystemen von Europol mit den Mitgliedern der Gruppe austauschen. Handelt es sich um einen direkten Kontakt gemäß Artikel 7, informiert Europol gleichzeitig die nationalen Europol-Stellen der in der gemeinsamen Ermittlungsgruppe vertretenen Mitgliedstaaten und die nationalen Europol-Stellen der die Information übermittelnden Mitgliedstaaten.***

Or. es

## **Änderungsantrag 40**

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 3 e (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***3e. Die Informationen, die ein Europol-Bediensteter während seiner Teilnahme an einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe erhält, können durch die nationalen Europol-Stellen in ein Datenspeichersystem von Europol aufgenommen werden unter Einwilligung und unter der Verantwortung der zuständigen Behörde, welche diese Informationen geliefert hat.***

Or. es

## Änderungsantrag 41

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 7 – Absatz 2

#### *Vorschlag der Kommission*

2. Jeder Mitgliedstaat **errichtet oder** benennt eine nationale Stelle, die als **Verbindungsstelle** zwischen Europol und den **zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten und den Aus- und Fortbildungseinrichtungen für Strafverfolgungsbedienstete** dient. **In jedem Mitgliedstaat wird ein Beamter zum Leiter der nationalen Stelle ernannt.**

#### *Geänderter Text*

2. Jeder Mitgliedstaat benennt **oder legt** eine nationale Stelle **fest**, die als **Verbindungsorgan** zwischen Europol und den **von den Mitgliedstaaten als zuständig benannten** Behörden dient. **Jeder Mitgliedstaat benennt einen** Leiter der nationalen Stelle.

Or. es

#### *Begründung*

*Einschließung der nationalen Stellen, da sie die Kontaktstelle zwischen Europol und den Mitgliedstaaten bilden. Jeder Hinweis auf die Aus- und Fortbildung sollte gestrichen werden, da der Berichtersteller der Auffassung ist, dass die Verschmelzung Europol-Cepol nicht angezeigt ist.*

## Änderungsantrag 42

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 7 – Absatz 4

#### *Vorschlag der Kommission*

4. **In Einzelfällen** kann Europol direkt mit den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten zusammenarbeiten. Dabei setzt Europol **jeweils unverzüglich die nationale Stelle davon** in Kenntnis und übermittelt ihr Kopien sämtlicher Informationen, die im Zuge **der** direkten Kontakte **zwischen Europol und den zuständigen nationalen Behörden** ausgetauscht werden.

#### *Geänderter Text*

4. **Im Rahmen einzelner Ermittlungen, welche diese Behörden durchführen,** kann Europol direkt mit den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, **sofern dieser direkte Kontakt einen Mehrwert zum erfolgreichen Abschluss der Ermittlung bietet.** Dabei setzt Europol **die nationale Stelle vorab über diese Notwendigkeit** in Kenntnis und übermittelt ihr **so schnell wie möglich** Kopien der Informationen, die im Zuge **dieser** direkten Kontakte ausgetauscht werden.

### *Begründung*

*Es ist positiv, Europol mit der Möglichkeit auszustatten, direkt mit den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten, doch ohne dabei zu vergessen, dass Europol vorab die nationalen Stellen informieren sollte, welche die Kontaktstelle zwischen Europol und den Mitgliedstaaten bilden.*

### **Änderungsantrag 43**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 7 - Absatz 5 - Einleitung und Buchstabe a**

##### *Vorschlag der Kommission*

***Die Mitgliedstaaten stellen über ihre nationale Stelle oder über eine zuständige Behörde eines Mitgliedstaats insbesondere Folgendes sicher:***

***(a) Übermittlung von für die Verwirklichung der Ziele Euopols notwendigen Informationen an Europol; Dazu gehört es, Europol unverzüglich Informationen zu den Straftatbereichen zu übermitteln, welchen die Europäische Union Priorität zuerkennt. Dazu gehört auch die Bereitstellung einer Kopie des bilateralen oder multilateralen Austauschs mit einem oder mehreren anderen Mitgliedstaaten, insofern sich der Austausch auf eine in den Zielen von Europol genannten Straftat bezieht;***

##### *Geänderter Text*

***Die Funktion der nationalen Stellen ist es:***

***(a) Europol auf eigene Initiative die notwendigen Informationen und Daten zur Ausführung seiner Tätigkeiten zu liefern und den Anfragen nach Information, Datenlieferung und Beratung durch Europol zu entsprechen;***

***Eine nationale Stelle ist unbeschadet der Ausübung der den Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und den Schutz der inneren Sicherheit obliegenden Verantwortung im Einzelfall nicht verpflichtet, Informationen oder Erkenntnisse zu übermitteln, wenn hierdurch***

***i) wesentliche nationale Sicherheitsinteressen beeinträchtigt würden;***

*ii) der Erfolg laufender Ermittlungen  
oder die Sicherheit von Personen  
gefährdet würde oder*

*iii) Informationen preisgegeben würden,  
die von den Nachrichtendiensten oder aus  
spezifischen nachrichtendienstlichen  
Tätigkeiten stammen und die innere  
Sicherheit betreffen.*

Or. es

#### **Änderungsantrag 44**

##### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 7 – Absatz 5 – Buchstabe b**

###### *Vorschlag der Kommission*

(b) wirksame Kommunikation und  
Zusammenarbeit der zuständigen Behörden  
*der Mitgliedstaaten und der Aus- und  
Fortbildungseinrichtungen für  
Strafverfolgungsbedienstete in den  
Mitgliedstaaten* mit Europol;

###### *Geänderter Text*

(b) wirksame Kommunikation und  
Zusammenarbeit der zuständigen Behörden  
mit Europol;

Or. es

###### *Begründung*

*Sämtliche Bezüge auf Aus- und Fortbildung sollten entfernt werden, da der Verfasser der  
Auffassung ist, dass eine Verschmelzung von CEPOL und Europol unangebracht ist.*

#### **Änderungsantrag 45**

##### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 7 – Absatz 5 – Buchstabe c**

###### *Vorschlag der Kommission*

*(c) Verbesserung des Informationsstands  
über die Europol-Tätigkeiten.*

###### *Geänderter Text*

*entfällt*

Or. es



### *Begründung*

*Die Mitgliedstaaten sind sich bereits des Nutzens der Zuständigkeit Europol bewusst, so dass eine Verbesserung des Informationsstands über die Europol-Tätigkeiten durch die nationalen Stellen nicht erforderlich ist.*

### **Änderungsantrag 46**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 7 – Absatz 5 – Buchstabe c a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(ca) Anfordern sachdienlicher  
Informationen von Europol zur  
Unterstützung der von den benannten  
zuständigen Behörden durchgeführten  
Ermittlungen;***

Or. es

### *Begründung*

*Es ist wichtig als Aufgabe der nationalen Stellen hinzuzufügen, dass sie für ihre Ermittlungen sachdienliche Informationen von Europol anfordern dürfen, womit die gegenseitige Zusammenarbeit zwischen Europol und den Mitgliedstaaten verstärkt wird.*

### **Änderungsantrag 47**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 7 – Absatz 5 – Buchstabe c b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(cb) Sicherstellung einer wirksamen  
Kommunikation und Zusammenarbeit mit  
den zuständigen Behörden;***

Or. es

### *Begründung*

*Im Einklang mit Artikel 7 Absatz 4 haben die nationalen Stellen eine wirksame Kommunikation und Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden sicherzustellen, da sie die Kontaktstelle zwischen Europol und den Mitgliedstaaten bilden.*

## **Änderungsantrag 48**

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 7 – Absatz 5 – Buchstabe c c (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(cc) Auswertung der Informationen und Erkenntnisse nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts für die zuständigen Behörden und deren Weiterleitung an diese;***

Or. es

#### *Begründung*

*Dies ist eine weitere Aufgabe, mit der die Rolle der nationalen Stellen als Kontaktstelle zwischen Europol und den Mitgliedstaaten weiter verstärkt wird.*

## **Änderungsantrag 49**

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 7 – Absatz 5 – Buchstabe c d (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(cd) Sicherstellung der Rechtmäßigkeit jedes Informationsaustauschs zwischen Europol und ihr selbst.***

Or. es

#### *Begründung*

*Diese neue Zuständigkeit trägt zu einer weiteren Verstärkung des durch diese Verordnung festgelegten Datenschutzsystems bei.*

## **Änderungsantrag 50**

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 7 – Absatz 10**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***10. Europol erstellt jedes Jahr einen Bericht über den Umfang und die***

***entfällt***

***Qualität der gemäß Absatz 5 Buchstabe a von den einzelnen Mitgliedstaaten an Europol übermittelten Informationen sowie über die Tätigkeit der einzelnen nationalen Stellen. Der Jahresbericht wird dem Europäischen Parlament, dem Rat, der Kommission und den nationalen Parlamenten zugeleitet.***

Or. es

*Begründung*

*Europol sollte weder für die Kontrolle noch für die Bewertung der Mitgliedstaaten zuständig sein.*

**Änderungsantrag 51**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 8 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

3. Die Verbindungsbeamten ***unterstützen den Austausch von*** Informationen zwischen Europol und ***dem entsendenden Mitgliedstaat.***

*Geänderter Text*

3. Die Verbindungsbeamten ***übermitteln*** Informationen ***von ihren nationalen Stellen an*** Europol und ***von Europol an die nationalen Stellen.***

Or. es

*Begründung*

*Im Einklang mit den anderen Artikeln ist es notwendig, in diesem Artikel zu verdeutlichen, dass die nationalen Stellen die Kontaktstelle zwischen den Mitgliedstaaten und Europol bilden.*

**Änderungsantrag 52**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 8 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

4. Die Verbindungsbeamten unterstützen den Austausch von Informationen zwischen dem entsendenden Mitgliedstaat und den Verbindungsbeamten anderer

*Geänderter Text*

4. Die Verbindungsbeamten unterstützen den Austausch von Informationen zwischen dem entsendenden Mitgliedstaat und den Verbindungsbeamten anderer

Mitgliedstaaten nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts. Für einen derartigen bilateralen Informationsaustausch kann nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts auch bei nicht in die Zuständigkeit von Europol fallenden Straftaten auf die Infrastruktur von Europol zurückgegriffen werden.

Mitgliedstaaten, **Drittstaaten, EU-Einrichtungen oder internationalen Organisationen** nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts. Für einen derartigen bilateralen Informationsaustausch kann nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts auch bei nicht in die Zuständigkeit von Europol fallenden Straftaten auf die Infrastruktur von Europol zurückgegriffen werden.

Or. es

### *Begründung*

*Der bilaterale Austausch zwischen den Verbindungsbeamten der Mitgliedstaaten, EU-Einrichtungen, internationalen Organisationen und Drittstaaten stellt derzeit eine gängige Praktik dar, die eine rechtliche Grundlage benötigt, um weiter fortgesetzt werden zu können.*

## **Änderungsantrag 53**

### **Vorschlag für eine Verordnung Kapitel III**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

#### **AUFGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER AUS- UND FORTBILDUNG VON STRAFVERFOLGUNGSBEDIENTETEN**

**entfällt**

#### **Artikel 9**

#### **Europol-Akademie**

***1. Innerhalb Europol's hat die durch diese Verordnung geschaffene Abteilung „Europol-Akademie“ den Auftrag, insbesondere auf dem Gebiet der Bekämpfung der zwei oder mehr Mitgliedstaaten betreffenden schweren Kriminalität und des Terrorismus, der Risikobewältigung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung oder bei Sportveranstaltungen, der strategischen Planung und Leitung nichtmilitärischer EU-Missionen sowie der Leitung von Strafverfolgungsmaßnahmen und des***

***Erwerbs von Fremdsprachenkenntnissen  
Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für  
Strafverfolgungsbedienstete zu  
unterstützen, auszuarbeiten,  
durchzuführen und zu koordinieren und  
insbesondere Folgendes sicherzustellen:***

***(a) Verbesserung des Informationsstands  
und der Kenntnisse über***

***(i) internationale und EU-Instrumente  
zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der  
Strafverfolgung,***

***(ii) die EU-Einrichtungen, insbesondere  
über Europol, Eurojust und Frontex,  
sowie ihre Funktionsweise und Aufgaben,***

***(iii) rechtliche Aspekte der  
Strafverfolgungszusammenarbeit und die  
in der Praxis bestehenden Möglichkeiten  
für den Zugriff auf Informationskanäle;***

***(b) Förderung des Auf- und Ausbaus der  
regionalen und bilateralen  
Zusammenarbeit unter den  
Mitgliedstaaten sowie zwischen den  
Mitgliedstaaten und Drittstaaten;***

***(c) Aus- und Fortbildungsmaßnahmen zu  
bestimmten Themenbereichen des  
Strafrechts und der Polizeiarbeit, bei  
denen durch die Schulung auf EU-Ebene  
ein zusätzlicher Nutzen entsteht;***

***(d) Ausarbeitung gemeinsamer  
Lehrpläne, insbesondere zur  
Vorbereitung von  
Strafverfolgungsbediensteten auf die  
Teilnahme an zivilen Missionen der  
Union;***

***(e) Unterstützung der Mitgliedstaaten bei  
bilateralen Maßnahmen zum Auf- und  
Ausbau von Strafverfolgungskapazitäten  
in Drittstaaten;***

***(f) Schulung von Ausbildern und  
Unterstützung von Ausbildern bei der  
Verbesserung der Lehrmethoden und  
beim Austausch bewährter  
Lehrmethoden.***

***2. Die Europol-Akademie entwickelt und aktualisiert Lehrmittel und -methoden und bindet sie in eine Strategie des lebenslangen Lernens ein, um die Qualifikationen von Strafverfolgungsbediensteten zu verbessern. Die Europol-Akademie wertet die Ergebnisse dieser Maßnahmen aus, um die Qualität, Kohärenz und Wirksamkeit künftiger Maßnahmen verbessern zu können.***

#### ***Artikel 10***

##### ***Aufgaben der Europol-Akademie***

***1. Die Europol-Akademie erstellt Analysen des mehrjährigen strategischen Aus- und Fortbildungsbedarfs und erarbeitet mehrjährige Aus- und Fortbildungsprogramme.***

***2. Die Europol-Akademie konzipiert und führt Aus- und Fortbildungsmaßnahmen sowie Lehrprodukte ein, darunter***

***(a) Kurse, Seminare, Konferenzen, internetbasierte Schulungen und E-Learning-Tätigkeiten;***

***(b) gemeinsame Lehrpläne zur Sensibilisierung, zur Schließung von Wissenslücken und/oder zur Erleichterung eines gemeinsamen Vorgehens gegen Formen der grenzüberschreitenden Kriminalität;***

***(c) aufeinander aufbauende Schulungsmodule zunehmenden Schwierigkeitsgrads, die entsprechende Fertigkeiten der betreffenden Zielgruppen voraussetzen und sich entweder auf eine vorgegebene geografische Region konzentrieren, sich mit einem bestimmten Kriminalitätsbereich befassen oder auf die Vermittlung bestimmter fachlicher Fähigkeiten abstellen;***

***(d) Programme für den Austausch oder die Abstellung von Strafverfolgungsbediensteten im Rahmen eines operativen Aus- und***

*Fortbildungskonzepts.*

*3. Um eine kohärente europäische Aus- und Fortbildungspolitik zur Unterstützung von zivilen Missionen und von Maßnahmen zum Aus- und Aufbau von Strafverfolgungskapazitäten in Drittstaaten zu gewährleisten, ergreift die Europol-Akademie folgende Maßnahmen:*

*(a) Bewertung der Wirkung bestehender EU-bezogener Strategien und Initiativen für die Aus- und Fortbildung von Strafverfolgungsbediensteten;*

*(b) Ausarbeitung und Durchführung von Schulungsmaßnahmen zur Vorbereitung von Strafverfolgungsbediensteten der Mitgliedstaaten auf die Teilnahme an zivilen Missionen einschließlich der Vermittlung ausreichender Sprachkenntnisse;*

*(c) Ausarbeitung und Durchführung von Schulungsmaßnahmen für Strafverfolgungsbedienstete aus Nichtmitgliedstaaten der Europäischen Union, insbesondere aus Ländern, die Kandidaten für den Beitritt zur Europäischen Union sind;*

*(d) Verwaltung zweckgebundener Außenhilfen der Union für die Unterstützung von Drittstaaten beim Auf- und Ausbau eigener Kapazitäten in einschlägigen Politikbereichen nach Maßgabe der festgelegten vorrangigen Ziele der Union.*

*4. Die Europol-Akademie fördert die gegenseitige Anerkennung von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Strafverfolgung und der geltenden europäischen Qualitätsstandards in diesem Bereich.*

#### *Artikel 11*

*Aus- und fortbildungsrelevante Forschungsarbeiten*

**1. Die Europol-Akademie trägt zu Forschungsarbeiten bei, die für die unter dieses Kapitel fallenden Aus- und Fortbildungsmaßnahmen relevant sind.**

**2. Die Europol-Akademie fördert und schließt Partnerschaften mit EU-Einrichtungen sowie mit öffentlichen oder privaten Hochschuleinrichtungen und fördert engere Partnerschaften zwischen Hochschulen und Aus- und Fortbildungseinrichtungen für Strafverfolgungsbedienstete in den Mitgliedstaaten.**

Or. es

*Begründung*

*Sämtliche Bezüge auf Aus- und Fortbildung sollten entfernt werden, da der Verfasser der Auffassung ist, dass eine Verschmelzung von CEPOL und Europol unangebracht ist. Dementsprechend wird das gesamte Kapitel III gelöscht.*

**Änderungsantrag 54**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 12 – Buchstabe c**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(c) einen wissenschaftlichen Beirat gemäß Artikel 20,      *entfällt***

Or. es

*Begründung*

*Da der wissenschaftliche Beirat aufgrund der Verschmelzung von CEPOL und Europol geschaffen wird und der Verfasser der Auffassung ist, dass diese Zusammenlegung unangebracht ist, sollte dieser Buchstabe c gelöscht werden.*



## Änderungsantrag 55

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Buchstabe e

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(e) gegebenenfalls einen  
Exekutivausschuss gemäß den Artikeln 21  
und 22.**

**entfällt**

Or. es

#### *Begründung*

*Der Verfasser erachtet die Möglichkeit der Schaffung eines Exekutivausschusses zur  
Sicherstellung der Transparenz und der internen Demokratie Europol's für nicht zweckmäßig.*

## Änderungsantrag 56

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 – Absatz 1

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

1. Der Verwaltungsrat setzt sich aus je  
einem Vertreter pro Mitgliedstaat und **zwei  
Vertretern** der Kommission zusammen, die  
alle stimmberechtigt sind.

1. Der Verwaltungsrat setzt sich aus je  
einem Vertreter pro Mitgliedstaat und  
**einem Vertreter** der Kommission  
zusammen, die alle stimmberechtigt sind.

Or. es

#### *Begründung*

*Im Verwaltungsrat wird jeder Mitgliedstaat von nur je einem Mitglied vertreten, daher wird  
es aus Gründen der Gerechtigkeit als angebrachter erachtet, wenn die Kommission ebenfalls  
von nur einem Mitglied vertreten wird.*

## Änderungsantrag 57

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 – Absatz 2

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

2. Die Mitglieder des Verwaltungsrats  
**werden** nach Maßgabe ihrer Erfahrung auf

2. Die Mitglieder des Verwaltungsrats  
**setzen sich aus den Polizeichefs der**

dem Gebiet der Verwaltung **öffentlicher oder privater Organisationen** und ihrer Kenntnisse auf dem Gebiet der **Strafverfolgungszusammenarbeit** ernannt.

**Mitgliedstaaten bzw. aus von jedem Mitgliedstaat ernannten Personen zusammen, die** nach Maßgabe ihrer Erfahrung auf dem Gebiet der Verwaltung **von Polizeieinheiten** und ihrer Kenntnisse auf dem Gebiet der **polizeilichen Zusammenarbeit** ernannt werden.

Or. es

#### *Begründung*

*Mit der Umgestaltung dieses Artikels erhalten die Mitgliedstaaten eine doppelte Wahlmöglichkeit; somit können sie entweder ihren Polizeichef oder, wenn sie dies als angemessener erachten, eine andere Person mit Erfahrungen auf dem Gebiet der Verwaltung von Polizeieinheiten und mit Kenntnissen auf dem Gebiet der polizeilichen Zusammenarbeit, als Mitglied des Verwaltungsrats ernennen.*

#### **Änderungsantrag 58**

##### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 – Absatz 3**

###### *Vorschlag der Kommission*

3. Jedes Mitglied des Verwaltungsrates kann sich von einem stellvertretenden Mitglied vertreten lassen, das **nach Maßgabe seiner Erfahrung auf dem Gebiet der Verwaltung öffentlicher oder privater Organisationen und seiner Vertrautheit mit der nationalen Strategie für die Aus- und Fortbildung von Strafverfolgungsbediensteten** ernannt wird. **An Diskussionen oder Entscheidungen über Fragen der Aus- und Fortbildung von Strafverfolgungsbediensteten nehmen die stellvertretenden Mitglieder als Vollmitglied teil.** Das ordentliche Mitglied wird bei Abwesenheit durch das stellvertretende Mitglied vertreten. **Wenn das stellvertretende Mitglied bei Diskussionen oder Entscheidungen über Fragen der Aus- und Fortbildung von Strafverfolgungsbediensteten abwesend ist, wird es durch das ordentliche Mitglied**

###### *Geänderter Text*

3. Jedes Mitglied des Verwaltungsrates kann sich von einem stellvertretenden Mitglied vertreten lassen, das **vom ordentlichen Mitglied auf Grundlage der in Artikel 13 Absatz 2 genannten Kriterien** ernannt wird. Das ordentliche Mitglied wird bei Abwesenheit durch das stellvertretende Mitglied vertreten.

*vertreten.*

Or. es

*Begründung*

*Es ist aus operativer Sicht sinnvoller, wenn das ordentliche Mitglied des Verwaltungsrates das stellvertretende Mitglied selbst auswählt.*

**Änderungsantrag 59**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 13 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

**4. Alle Parteien bemühen sich um eine Begrenzung der Fluktuation ihrer Vertreter im Verwaltungsrat, um die Kontinuität der Arbeiten des Verwaltungsrats zu gewährleisten.** Alle Parteien streben eine ausgewogene Vertretung von Männern und Frauen im Verwaltungsrat an.

*Geänderter Text*

4. Alle **im Verwaltungsrat vertretenen** Parteien streben eine ausgewogene Vertretung von Männern und Frauen im Verwaltungsrat an.

Or. es

*Begründung*

*In Abhängigkeit von der Wahl des Mitglieds des Verwaltungsrats durch den Mitgliedstaat, was die Löschung des ersten Absatzes dieses Artikels erforderlich macht.*

**Änderungsantrag 60**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 13 – Absatz 5**

*Vorschlag der Kommission*

5. Die Amtszeit der ordentlichen Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder **beträgt vier Jahre. Sie kann verlängert werden. Bei Ablauf ihrer Amtszeit oder Ausscheiden bleiben die Mitglieder so lange im Amt, bis sie wiederernannt oder ersetzt worden sind.**

*Geänderter Text*

5. Die Amtszeit der ordentlichen Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder **richtet sich nach der Zeit, die ihnen der Mitgliedstaat, der sie ernannt hat, angedacht hat.**

*Begründung*

*Jeder Mitgliedstaat wählt sein Mitglied für den Verwaltungsrat und um diesem System Kohärenz zu verleihen, sollte sich seine Amtszeit nach der Zeit richten, die ihm der Mitgliedstaat, der es ernannt hat, angedacht hat.*

**Änderungsantrag 61**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 13 – Absatz 5 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***5a. Der Vorsitzende wird durch das Sekretariat des Verwaltungsrats unterstützt. Das Sekretariat hat insbesondere die Aufgabe***

***(a) einer engen und stetigen Mitarbeit bei der Organisation, der Koordinierung und der Sicherstellung der Kohärenz der Tätigkeit des Verwaltungsrates. Unter der Verantwortung und Leitung des Vorsitzenden hat es zudem die Aufgabe***

***(b) der erforderlichen administrativen Unterstützung des Verwaltungsrates bei der Ausübung seiner Pflichten.***

*Begründung*

*Die Erfahrung zeigt die Nützlichkeit eines Sekretariats des Verwaltungsrats, welches daher erhalten bleiben sollte.*

**Änderungsantrag 62**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 14 – Absatz 1 – Buchstabe d**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(d) verabschiedet einen konsolidierten Jahresbericht über die Tätigkeiten Europol's *und* übermittelt ihn *bis spätestens 1. Juli***

**(d) verabschiedet einen konsolidierten Jahresbericht über die Tätigkeiten Europol's, übermittelt ihn *und legt ihn dem***

*des folgenden Jahres dem Europäischen Parlament*, dem Rat, der Kommission, dem Rechnungshof und den nationalen Parlamenten und veröffentlicht den konsolidierten jährlichen Tätigkeitsbericht;

*Mechanismus der parlamentarischen Kontrolle vor* und übermittelt ihn dem Rat, der Kommission, dem Rechnungshof und den nationalen Parlamenten, *bis spätestens 1. Juli des folgenden Jahres* und veröffentlicht den konsolidierten jährlichen Tätigkeitsbericht;

Or. es

#### *Begründung*

*Aus Artikel 88 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ergibt sich die Pflicht, in diese Verordnung die parlamentarische Kontrolle aufzunehmen, die durch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente zu erfolgen hat. Für diesen Zweck wird gemäß Artikel 53 dieser Verordnung ein Mechanismus der parlamentarischen Kontrolle eingerichtet.*

#### **Änderungsantrag 63**

##### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 1 – Buchstabe g**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*(g) verabschiedet eine Betrugsbekämpfungsstrategie, die in einem angemessenen Verhältnis zu den Betrugsrisiken steht und das Kosten-Nutzen-Verhältnis der durchzuführenden Maßnahmen berücksichtigt;*

*entfällt*

Or. es

#### *Begründung*

*Die Zuständigkeit Europol's sollte nicht überschritten werden und mit der Zuständigkeit des OLAF verknüpft werden.*

#### **Änderungsantrag 64**

##### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 1 – Buchstabe h**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*(h) verabschiedet Bestimmungen zur*

*(h) verabschiedet Bestimmungen zur*

Vermeidung und Bewältigung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern des Verwaltungsrats **und des wissenschaftlichen Beirats**;

Vermeidung und Bewältigung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern des Verwaltungsrats;

Or. es

## Änderungsantrag 65

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 1 – Buchstabe n

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(n) ernennt die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats**;

**entfällt**

Or. es

### *Begründung*

*Da der wissenschaftliche Beirat aufgrund der Verschmelzung von CEPOL und Europol geschaffen werden sollte und der Verfasser der Auffassung ist, dass diese Zusammenlegung unangebracht ist, sollte dieser Buchstabe n gelöscht werden.*

## Änderungsantrag 66

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 1 – Buchstabe o

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(o) ergreift angemessene Folgemaßnahmen zu den Feststellungen und Empfehlungen der internen oder externen Auditberichte und -bewertungen sowie der Untersuchungsberichte des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung (OLAF);

(o) ergreift angemessene Folgemaßnahmen zu den Feststellungen und Empfehlungen der internen oder externen Auditberichte und -bewertungen sowie der Untersuchungsberichte des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung (OLAF) **und des Europäischen Datenschutzbeauftragten**;

Or. es

### *Begründung*

*Der Verwaltungsrat sollte ebenfalls Folgemaßnahmen zu den Untersuchungen des Europäischen Datenschutzbeauftragten ergreifen.*

### **Änderungsantrag 67**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 1 – Buchstabe p**

##### *Vorschlag der Kommission*

(p) trifft sämtliche Entscheidungen über die Errichtung und erforderlichenfalls Änderung der internen Strukturen Europol's;

##### *Geänderter Text*

(p) trifft sämtliche Entscheidungen über die Errichtung und erforderlichenfalls Änderung der internen Strukturen Europol's, **jedoch ohne Auswirkungen auf den Haushalt**;

Or. es

### *Begründung*

*Der Verwaltungsrat darf diese Entscheidungen treffen, allerdings dürfen sie in Anbetracht der Tatsache, dass in den Agenturen Personalkürzungen um 5 % vorzunehmen sind, keine Auswirkungen auf den Haushalt haben.*

### **Änderungsantrag 68**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 1**

##### *Vorschlag der Kommission*

1. Der Verwaltungsrat verabschiedet bis spätestens 30. November jeden Jahres ein jährliches Arbeitsprogramm auf der Grundlage eines vom Exekutivdirektor vorgelegten Entwurfs und unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Kommission. Er übermittelt das jährliche Arbeitsprogramm **dem Europäischen Parlament**, dem Rat, der Kommission und den nationalen Parlamenten.

##### *Geänderter Text*

1. Der Verwaltungsrat verabschiedet bis spätestens 30. November jeden Jahres ein jährliches Arbeitsprogramm auf der Grundlage eines vom Exekutivdirektor vorgelegten Entwurfs und unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Kommission. Er übermittelt das jährliche Arbeitsprogramm **der parlamentarischen Kontrollgruppe und stellt es dort vor und übermittelt es** dem Rat, der Kommission und den nationalen Parlamenten.

Or. es

## *Begründung*

*Artikel 88 des Vertrags zur Arbeitsweise der Europäischen Union verweist in der Verordnung über die parlamentarische Kontrolle auf die Verpflichtung zur Hinzuziehung, die vom Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten ausgehen muss. Aus diesem Grund wird die parlamentarische Kontrollgruppe eingerichtet, die durch Artikel 53 der vorliegenden Verordnung reguliert wird.*

### **Änderungsantrag 69**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 2**

##### *Vorschlag der Kommission*

2. Das jährliche Arbeitsprogramm enthält detaillierte Ziele und erwartete Ergebnisse einschließlich Leistungsindikatoren. Ferner enthält das jährliche Arbeitsprogramm eine Beschreibung der zu finanzierenden Maßnahmen sowie eine Aufstellung der den einzelnen Maßnahmen zugewiesenen personellen und finanziellen Ressourcen gemäß den Grundsätzen der tätigkeitsbezogenen Aufstellung des Haushaltsplans und des maßnahmenbezogenen Managements. Das jährliche Arbeitsprogramm ***muss mit*** dem in Absatz 4 genannten mehrjährigen Arbeitsprogramm ***logisch übereinstimmen***. Im jährlichen Arbeitsprogramm wird klar dargelegt, welche Aufgaben gegenüber dem vorherigen Haushaltsjahr hinzugefügt, geändert oder gestrichen wurden.

##### *Geänderter Text*

2. Das jährliche Arbeitsprogramm enthält detaillierte Ziele und erwartete Ergebnisse einschließlich Leistungsindikatoren. Ferner enthält das jährliche Arbeitsprogramm eine Beschreibung der zu finanzierenden Maßnahmen sowie eine Aufstellung der den einzelnen Maßnahmen zugewiesenen personellen und finanziellen Ressourcen gemäß den Grundsätzen der tätigkeitsbezogenen Aufstellung des Haushaltsplans und des maßnahmenbezogenen Managements. Das jährliche Arbeitsprogramm ***ist*** dem in Absatz 4 genannten mehrjährigen Arbeitsprogramm ***untergeordnet***. Im jährlichen Arbeitsprogramm wird klar dargelegt, welche Aufgaben gegenüber dem vorherigen Haushaltsjahr hinzugefügt, geändert oder gestrichen wurden.

Or. es

### **Änderungsantrag 70**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 4 – Unterabsätze 1 und 2**

##### *Vorschlag der Kommission*

4. ***Unter*** Berücksichtigung der Stellungnahme der Kommission und nach

##### *Geänderter Text*

4. ***Auf der Grundlage eines vom Exekutivdirektor vorgelegten Entwurfs***



Konsultation *des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente* verabschiedet der Verwaltungsrat zudem ein mehrjähriges Arbeitsprogramm und aktualisiert dieses zum 30. November jeden Jahres.

Das verabschiedete mehrjährige Arbeitsprogramm wird *dem Europäischen Parlament*, dem Rat, der Kommission und den nationalen Parlamenten zugeleitet.

*und unter* Berücksichtigung der Stellungnahme der Kommission und nach Konsultation *der Parlamentarischen Kontrollgruppe* verabschiedet der Verwaltungsrat zudem ein mehrjähriges Arbeitsprogramm und aktualisiert dieses zum 30. November jeden Jahres.

Das verabschiedete mehrjährige Arbeitsprogramm wird *der Parlamentarischen Kontrollgruppe zugeleitet und dort vorgestellt* sowie dem Rat, der Kommission und den nationalen Parlamenten zugeleitet.

Or. es

### *Begründung*

*En concordancia con el artículo 15.1, tanto el programa de trabajo anual como el plurianual lo adopta el consejo de administración, sobre la base del proyecto presentado por el director ejecutivo. Además se incluye el papel de la Célula de Control Parlamentario, porque el artículo 88 del Tratado de Funcionamiento de la Unión Europea hace referencia al deber de inclusión en el Reglamento del control parlamentario que debe hacerse por parte del Parlamento Europeo y los Parlamentos Nacionales. Para ello se crea la célula de control parlamentario que viene regulada en el artículo 53 del presente Reglamento.*

## **Änderungsantrag 71**

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 16 – Absatz 2**

#### *Vorschlag der Kommission*

2. Die Amtszeit des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden beträgt **vier** Jahre. Sie kann einmal verlängert werden. Läuft ihre Mitgliedschaft im Verwaltungsrat jedoch während ihrer Amtszeit als Vorsitzender oder stellvertretender Vorsitzender aus, so endet zu diesem Zeitpunkt automatisch auch ihre Amtszeit als Vorsitzender oder stellvertretender Vorsitzender.

#### *Geänderter Text*

2. Die Amtszeit des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden beträgt **fünf** Jahre. Sie kann einmal verlängert werden. Läuft ihre Mitgliedschaft im Verwaltungsrat jedoch während ihrer Amtszeit als Vorsitzender oder stellvertretender Vorsitzender aus, so endet zu diesem Zeitpunkt automatisch auch ihre Amtszeit als Vorsitzender oder stellvertretender Vorsitzender.

Or. es

### *Begründung*

*Zur Schaffung von mehr Kohärenz ist es besser, das Mandat an das Mandat des Exekutivdirektors anzupassen und auf fünf Jahre anzuheben. Ihre Beziehung sollte im Interesse einer besseren Arbeitsweise von Europol konstant sein.*

### **Änderungsantrag 72**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 19 – Absatz 3**

##### *Vorschlag der Kommission*

3. Der Exekutivdirektor erstattet **dem Europäischen Parlament** über die Durchführung seiner Aufgaben Bericht, wenn er dazu aufgefordert wird. Der Rat kann den Exekutivdirektor auffordern, über die Durchführung seiner Aufgaben Bericht zu erstatten.

##### *Geänderter Text*

3. Der Exekutivdirektor **erscheint vor der parlamentarischen Kontrollgruppe und** erstattet über die Durchführung seiner Aufgaben Bericht, wenn er dazu aufgefordert wird. Der Rat kann den Exekutivdirektor auffordern, über die Durchführung seiner Aufgaben Bericht zu erstatten.

Or. es

### *Begründung*

*Artikel 88 des Vertrags zur Arbeitsweise der Europäischen Union verweist in der Verordnung über die parlamentarische Kontrolle auf die Verpflichtung zur Hinzuziehung, die vom Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten ausgehen muss. Aus diesem Grund wird die parlamentarische Kontrollgruppe eingerichtet, die durch Artikel XXX der vorliegenden Verordnung reguliert wird. Die parlamentarische Kontrollgruppe kann den Exekutivdirektor einberufen, wenn sie es für angemessen erachtet.*

### **Änderungsantrag 73**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 19 – Absatz 5 – Buchstabe c**

##### *Vorschlag der Kommission*

(c) das jährliche Arbeitsprogramm und das mehrjährige Arbeitsprogramm zu entwerfen und dem Verwaltungsrat **nach Rücksprache mit** der Kommission zu unterbreiten,

##### *Geänderter Text*

(c) das jährliche Arbeitsprogramm und das mehrjährige Arbeitsprogramm zu entwerfen und dem Verwaltungsrat **unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Kommission** zu unterbreiten,

*Begründung*

*Die Rücksprache mit der Kommission erfolgt in Form einer Stellungnahme, wie auch in Artikel 15 Absatz 1 und Artikel 15 Absatz 4 der vorliegenden Verordnung vorgesehen.*

**Änderungsantrag 74**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 19 – Absatz 5 – Buchstabe h**

*Vorschlag der Kommission*

(h) eine **Betrugsbekämpfungsstrategie** für Europol auszuarbeiten und sie dem Verwaltungsrat zur Annahme vorzulegen,

*Geänderter Text*

(h) eine **strategische Analyse der Betrugsbekämpfung von** Europol auszuarbeiten und sie dem Verwaltungsrat zur Annahme vorzulegen,

*Begründung*

*Für all das gibt es interne Gründe.*

**Änderungsantrag 75**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 19 – Absatz 5 – Buchstabe k**

*Vorschlag der Kommission*

(k) einen mehrjährigen Personalentwicklungsplan auszuarbeiten und dem Verwaltungsrat **nach Rücksprache mit** der Kommission zu unterbreiten,

*Geänderter Text*

(k) einen mehrjährigen Personalentwicklungsplan auszuarbeiten und dem Verwaltungsrat **unter Berücksichtigung der Stellungnahme** der Kommission zu unterbreiten,

*Begründung*

*Die Rücksprache mit der Kommission erfolgt durch eine Stellungnahme.*

## Änderungsantrag 76

### Vorschlag für eine Verordnung Abschnitt 3

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

#### **ABSCHNITT 3**

*entfällt*

#### **WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT FÜR AUS- UND FORTBILDUNGSMASSNAHMEN**

##### **Artikel 20**

##### ***Wissenschaftlicher Beirat für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen***

***1. Der wissenschaftliche Beirat für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen trägt als unabhängiges Beratungsgremium maßgebend zur wissenschaftlichen Qualität der von Europol im Aus- und Fortbildungsbereich durchgeführten Arbeiten bei. Zu diesem Zweck bindet der Exekutivdirektor den wissenschaftlichen Beirat für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen frühzeitig in die Ausarbeitung aller aus- und fortbildungsbezogenen Dokumente gemäß Artikel 14 ein.***

***2. Der wissenschaftliche Beirat für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen setzt sich aus elf Personen zusammen, die in den in Kapitel III dieser Verordnung behandelten Themenbereichen höchstes Ansehen auf akademischer oder beruflicher Ebene genießen. Der Verwaltungsrat ernennt die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen im Anschluss an ein transparentes Stellenausschreibungs- und Auswahlverfahren, das im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht wird. Mitglieder des Verwaltungsrats dürfen nicht zugleich Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen sein. Die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats***

*für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen sind unabhängig. Sie fordern keine Anweisungen von Regierungen oder sonstigen Stellen an und nehmen auch keine Anweisungen von diesen entgegen.*

*3. Europol veröffentlicht auf seiner Website die Liste der Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen und aktualisiert sie regelmäßig.*

*4. Die Amtszeit der Mitglieder des wissenschaftlichen Ausschusses für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen beträgt fünf Jahre und ist nicht verlängerbar. Die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen können abberufen werden, falls sie die Unabhängigkeitskriterien nicht erfüllen.*

*5. Der wissenschaftliche Beirat für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen wählt einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden für eine Amtszeit von fünf Jahren. Er nimmt Stellungnahmen mit einfacher Mehrheit an. Er wird bis zu viermal jährlich von seinem Vorsitz einberufen. Falls erforderlich beruft der Vorsitz von sich aus oder auf Antrag von mindestens vier Mitgliedern des wissenschaftlichen Beirats außerordentliche Sitzungen ein.*

*6. Der Exekutivdirektor, der stellvertretende Exekutivdirektor für Aus- und Fortbildung oder ihre Vertreter werden zu den Sitzungen als nicht stimmberechtigte Beobachter eingeladen.*

*7. Der wissenschaftliche Beirat für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen wird von einem von ihm ausgewählten und vom Exekutivdirektor ernannten Europol-Bediensteten als Sekretär unterstützt.*

*8. Der wissenschaftliche Beirat für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen hat insbesondere die Aufgabe,*

*(a) den Exekutivdirektor und den stellvertretenden Direktor für Aus- und*

*Fortbildung bei der Erstellung des jährlichen Arbeitsprogramms und anderer strategischer Dokumente zu unterstützen, um die wissenschaftliche Qualität dieser Dokumente und ihre Übereinstimmung mit den einschlägigen sektorspezifischen politischen Strategien und vorrangigen Zielen der Union sicherzustellen,*

*(b) unabhängige Stellungnahmen zu der Zuständigkeit des Verwaltungsrats unterliegenden Sachverhalten abzugeben und den Verwaltungsrat in derartigen Fragen zu beraten,*

*(c) unabhängige Stellungnahmen zur Qualität von Lehrplänen sowie zu angewandten Schulungsmethoden, Schulungsoptionen und wissenschaftlichen Entwicklungen abzugeben und diesbezügliche Ratschläge zu erteilen,*

*(d) sonstige sich auf wissenschaftliche Aspekte der Aus- und Fortbildungstätigkeit Europol's beziehende beratende Aufgaben wahrzunehmen, zu denen er vom Verwaltungsrat, vom Exekutivdirektor oder vom stellvertretenden Exekutivdirektor für Aus- und Fortbildung aufgefordert wird.*

*9. Die jährlichen Haushaltsmittel des wissenschaftlichen Beirats für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen werden im Haushaltsplan von Europol in einer eigenen Haushaltslinie bereitgestellt.*

Or. es

#### *Begründung*

*Da der wissenschaftliche Beirat aufgrund der Zusammenlegung von Europol und Cepol gebildet wird, und der Berichterstatte der Ansicht ist, dass diese Zusammenlegung nicht stattfindet, muss Artikel 20 gestrichen werden.*

## **Änderungsantrag 77**

### **Vorschlag für eine Verordnung Abschnitt 4**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

#### **ABSCHNITT 4**

*entfällt*

#### **EXEKUTIVAUSSCHUSS**

##### **Artikel 21**

##### **Einsetzung**

***Der Verwaltungsrat kann einen  
Exekutivausschuss einsetzen.***

##### **Artikel 22**

##### **Aufgaben und Organisation**

***1. Der Exekutivausschuss arbeitet dem  
Verwaltungsrat zu.***

***2. Der Exekutivausschuss hat folgende  
Aufgaben:***

***(a) Vorbereitung der Beschlussvorlagen  
für den Verwaltungsrat,***

***(b) Sicherstellung - gemeinsam mit dem  
Verwaltungsrat - angemessener  
Folgemaßnahmen zu den Feststellungen  
und Empfehlungen interner oder externer  
Prüfberichte und Evaluierungen sowie zu  
den Untersuchungsberichten des  
Europäischen Amtes für  
Betrugsbekämpfung (OLAF) und den  
darin enthaltenen Empfehlungen,***

***(c) Unterstützung und Beratung des  
Exekutivdirektors bei der Umsetzung der  
Beschlüsse des Verwaltungsrats im  
Interesse einer verstärkten  
administrativen Beaufsichtigung  
unbeschadet der Zuständigkeiten des  
Exekutivdirektors nach Artikel 19.***

***3. In dringenden Fällen kann der  
Exekutivausschuss bei Bedarf bestimmte  
vorläufige Beschlüsse im Namen des  
Verwaltungsrats fassen; dies gilt  
insbesondere für  
Verwaltungsangelegenheiten,***

*beispielsweise die Aussetzung der Übertragung der Befugnisse einer Anstellungsbehörde.*

*4. Der Exekutivausschuss setzt sich aus dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats, einem Vertreter der Kommission im Verwaltungsrat und drei anderen vom Verwaltungsrat aus den eigenen Reihen bestimmten Mitgliedern zusammen. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats ist auch der Vorsitzende des Exekutivausschusses. Der Exekutivdirektor nimmt an den Sitzungen des Exekutivausschusses teil, verfügt jedoch über kein Stimmrecht.*

*5. Die Amtszeit der Mitglieder des Exekutivausschusses beträgt vier Jahre. Das Mandat der Mitglieder des Exekutivausschusses endet mit dem Ende ihrer Mitgliedschaft im Verwaltungsrat.*

*6. Der Exekutivausschuss hält mindestens alle drei Monate eine ordentliche Sitzung ab. Darüber hinaus tritt er auf Veranlassung seines Vorsitzes oder auf Antrag seiner Mitglieder zusammen.*

*7. Der Exekutivausschuss hält sich an die vom Verwaltungsrat beschlossene Geschäftsordnung.*

Or. es

#### *Begründung*

*Der Berichterstatter hält die Möglichkeit der Gründung eines Exekutivausschusses im Interesse der Gewährleistung von Transparenz und interner Demokratie von Europol für nicht angemessen.*

#### **Änderungsantrag 78**

##### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe a**

###### *Vorschlag der Kommission*

(a) Kreuzprobe zur Ermittlung etwaiger Zusammenhänge zwischen Informationen,

###### *Geänderter Text*

(a) Kreuzprobe zur Ermittlung etwaiger Zusammenhänge zwischen Informationen,



*diese Kontrollen erfolgen unter der erforderlichen Zusicherung des Datenschutzes. Insbesondere müssen die Beantragung der Daten und deren Zweck ausreichend begründet werden. Zudem müssen die notwendigen Vorkehrungen getroffen werden, um sicherzustellen, dass nur die ursprünglich zuständige Behörde, die die Daten gesammelt hat, diese im Nachhinein verändern können;*

Or. es

### *Begründung*

*Hierbei handelt es sich um eine Empfehlung des Europäischen Datenschutzbeauftragten.*

## **Änderungsantrag 79**

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 1**

#### *Vorschlag der Kommission*

1. Die Mitgliedstaaten haben Zugang zu allen Informationen, die zu den in Artikel 24 Absatz 1 Buchstaben a und b genannten Zwecken übermittelt wurden, und können Suchabfragen anhand dieser Informationen vornehmen; das Recht von Mitgliedstaaten, EU-Einrichtungen, Drittstaaten und internationalen Organisationen, den Zugang zu diesen Daten und den Zweck ihrer Verwendung zu beschränken, bleibt davon unberührt. Die Mitgliedstaaten benennen die zu derartigen Suchabfragen befugten Behörden.

#### *Geänderter Text*

1. Die Mitgliedstaaten haben, **soweit sie die Notwendigkeit rechtfertigen können**, Zugang zu allen Informationen, die zu den in Artikel 24 Absatz 1 Buchstaben a und b genannten Zwecken übermittelt wurden, und können Suchabfragen anhand dieser Informationen vornehmen; das Recht von Mitgliedstaaten, EU-Einrichtungen, Drittstaaten und internationalen Organisationen, den Zugang zu diesen Daten und den Zweck ihrer Verwendung zu beschränken, bleibt davon unberührt. Die Mitgliedstaaten benennen die zu derartigen Suchabfragen befugten Behörden.

Or. es

### *Begründung*

*Angesichts des breiten Zugangs, der den Mitgliedstaaten, dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) und der Europäischen Stelle für justizielle Zusammenarbeit (Eurojust) durch den Vorschlag eingeräumt wird, muss besondere Aufmerksamkeit auf die*

*Qualität der Daten gerichtet werden. Deshalb wurde „soweit sie die Notwendigkeit rechtfertigen können“ eingefügt, denn so kann die notwendige und legitime Ausübung ihrer Befugnisse ausgeweitet werden.*

## **Änderungsantrag 80**

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 2**

#### *Vorschlag der Kommission*

2. Unbeschadet etwaiger Einschränkungen gemäß Artikel 25 Absatz 2 von Seiten der die Informationen übermittelnden Mitgliedstaaten, EU-Einrichtungen, Drittstaaten oder internationalen Organisationen haben die Mitgliedstaaten indirekten Zugriff auf die zu den Zwecken von Artikel 24 Absatz 1 Buchstabe c übermittelten Informationen nach dem Treffer/kein-Treffer-Verfahren. Im Fall eines Treffers leitet Europol das Verfahren ein, durch das die Information, die den Treffer ausgelöst hat, in Übereinstimmung mit der Entscheidung des Mitgliedstaats, der die Information an Europol übermittelt hat, weitergegeben werden darf.

#### *Geänderter Text*

2. Unbeschadet etwaiger Einschränkungen gemäß Artikel 25 Absatz 2 von Seiten der die Informationen übermittelnden Mitgliedstaaten, EU-Einrichtungen, Drittstaaten oder internationalen Organisationen haben die Mitgliedstaaten indirekten Zugriff auf die zu den Zwecken von Artikel 24 Absatz 1 Buchstabe c übermittelten Informationen nach dem Treffer/kein-Treffer-Verfahren. Im Fall eines Treffers leitet Europol das Verfahren ein, durch das die Information, **die zur Ausübung seiner Aufgaben notwendig ist und** die den Treffer ausgelöst hat, in Übereinstimmung mit der Entscheidung des Mitgliedstaats, der die Information an Europol übermittelt hat, weitergegeben werden darf.

Or. es

## **Änderungsantrag 81**

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Überschrift**

#### *Vorschlag der Kommission*

Zugriff auf Europol-Informationen durch Eurojust **und das OLAF**

#### *Geänderter Text*

Zugriff auf Europol-Informationen durch Eurojust

Or. es

## *Begründung*

*Artikel 88 Absatz 2 Buchstabe b des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union verweist auf die besondere Beziehung zwischen Europol und Eurojust, das Einbeziehen des OLAF ist nicht angemessen.*

## **Änderungsantrag 82**

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1**

#### *Vorschlag der Kommission*

1. Europol ergreift alle geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Eurojust **und das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF)** im Rahmen **ihrer** Befugnisse Zugang zu allen Informationen **haben**, die zu den in Artikel 24 Absatz 1 Buchstaben a und b genannten Zwecken übermittelt wurden, und anhand dieser Informationen Suchabfragen vornehmen können; das Recht von Mitgliedstaaten, EU-Einrichtungen, Drittstaaten und internationalen Organisationen, den Zugang zu diesen Daten und den Zweck ihrer Verwendung zu beschränken, bleibt davon unberührt. Wenn sich bei einer von Eurojust **oder vom OLAF** vorgenommenen Suchabfrage eine Übereinstimmung mit von Europol verarbeiteten Informationen ergibt, wird Europol davon in Kenntnis gesetzt.

#### *Geänderter Text*

1. Europol ergreift alle geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Eurojust im Rahmen **seiner** Befugnisse Zugang zu allen Informationen **hat**, die zu den in Artikel 24 Absatz 1 Buchstaben a und b genannten Zwecken übermittelt wurden, und anhand dieser Informationen Suchabfragen vornehmen können; das Recht von Mitgliedstaaten, EU-Einrichtungen, Drittstaaten und internationalen Organisationen, den Zugang zu diesen Daten und den Zweck ihrer Verwendung zu beschränken, bleibt davon unberührt. Wenn sich bei einer von Eurojust vorgenommenen Suchabfrage eine Übereinstimmung mit von Europol verarbeiteten Informationen ergibt, wird Europol davon in Kenntnis gesetzt.

Or. es

## *Begründung*

*Artikel 88 Absatz 2 Buchstabe b des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union verweist auf die besondere Beziehung zwischen Europol und Eurojust, das Einbeziehen des OLAF ist nicht angemessen.*

## Änderungsantrag 83

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 2

#### *Vorschlag der Kommission*

2. Europol ergreift alle geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Eurojust **und das OLAF** im Rahmen **ihrer** Befugnisse indirekten Zugriff auf die zu den Zwecken von Artikel 24 Absatz 1 Buchstabe c übermittelten Informationen nach dem Treffer/kein-Treffer-Verfahren haben; etwaige Einschränkungen gemäß Artikel 25 Absatz 2 von Seiten der die Informationen übermittelnden Mitgliedstaaten, EU-Einrichtungen, Drittstaaten oder internationalen Organisationen bleiben davon unberührt. Im Fall eines Treffers leitet Europol das Verfahren ein, durch das die Information, die den Treffer ausgelöst hat, in Übereinstimmung mit der Entscheidung des Mitgliedstaats, der EU-Einrichtung, des Drittstaats oder der internationalen Organisation, der beziehungsweise die die Information an Europol übermittelt hat, weitergegeben werden darf.

#### *Geänderter Text*

2. Europol ergreift alle geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Eurojust im Rahmen **seiner** Befugnisse indirekten Zugriff auf die zu den Zwecken von Artikel 24 Absatz 1 Buchstabe c übermittelten Informationen nach dem Treffer/kein-Treffer-Verfahren haben; etwaige Einschränkungen gemäß Artikel 25 Absatz 2 von Seiten der die Informationen übermittelnden Mitgliedstaaten, EU-Einrichtungen, Drittstaaten oder internationalen Organisationen bleiben davon unberührt. Im Fall eines Treffers leitet Europol das Verfahren ein, durch das die Information, die den Treffer ausgelöst hat, in Übereinstimmung mit der Entscheidung des Mitgliedstaats, der EU-Einrichtung, des Drittstaats oder der internationalen Organisation, der beziehungsweise die die Information an Europol übermittelt hat, weitergegeben werden darf.

Or. es

#### *Begründung*

*Artikel 88 Absatz 2 Buchstabe b des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union verweist auf die besondere Beziehung zwischen Europol und Eurojust, das Einbeziehen des OLAF ist nicht angemessen.*

## Änderungsantrag 84

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 3

#### *Vorschlag der Kommission*

3. Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Suchabfragen dürfen nur vorgenommen

#### *Geänderter Text*

3. Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Suchabfragen dürfen nur vorgenommen

werden, um zu ermitteln, ob zwischen bei Eurojust **beziehungsweise beim OLAF** vorliegenden Informationen Übereinstimmungen mit bei Europol verarbeiteten Informationen bestehen.

werden, um zu ermitteln, ob zwischen bei Eurojust vorliegenden Informationen Übereinstimmungen mit bei Europol verarbeiteten Informationen bestehen.

Or. es

#### *Begründung*

*Artikel 88 Absatz 2 Buchstabe b des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union verweist auf die besondere Beziehung zwischen Europol und Eurojust, das Einbeziehen des OLAF ist nicht angemessen.*

### **Änderungsantrag 85**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 4**

##### *Vorschlag der Kommission*

4. Europol gestattet die in den Absätzen 1 und 2 genannten Suchabfragen erst, wenn ihm von Eurojust **beziehungsweise vom OLAF** mitgeteilt wurde, welche nationalen Mitglieder, stellvertretenden Mitglieder, Assistenten und Eurojust-Bediensteten **beziehungsweise OLAF-Bediensteten** zur Vornahme derartiger Suchabfragen ermächtigt sind.

##### *Geänderter Text*

Europol gestattet die in den Absätzen 1 und 2 genannten Suchabfragen erst, wenn ihm von Eurojust mitgeteilt wurde, welche nationalen Mitglieder, stellvertretenden Mitglieder, Assistenten und Eurojust-Bediensteten zur Vornahme derartiger Suchabfragen ermächtigt sind.

Or. es

#### *Begründung*

*Artikel 88 Absatz 2 Buchstabe b des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union verweist auf die besondere Beziehung zwischen Europol und Eurojust, das Einbeziehen des OLAF ist nicht angemessen.*

## Änderungsantrag 86

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 5

#### *Vorschlag der Kommission*

5. Falls im Laufe von Datenverarbeitungstätigkeiten Europol's zu einzelnen Ermittlungen von Seiten Europol's oder eines Mitgliedstaats festgestellt wird, dass unter das Mandat von Eurojust **oder des OLAF** fallende Koordinierungs-, Kooperations- oder Unterstützungsmaßnahmen erforderlich sind, setzt Europol letztere davon in Kenntnis und leitet das Verfahren zur Weitergabe der betreffenden Informationen entsprechend der Entscheidung des die Informationen übermittelnden Mitgliedstaats ein. In einem solchen Fall spricht sich Eurojust **beziehungsweise das OLAF** mit Europol ab.

#### *Geänderter Text*

5. Falls im Laufe von Datenverarbeitungstätigkeiten Europol's zu einzelnen Ermittlungen von Seiten Europol's oder eines Mitgliedstaats festgestellt wird, dass unter das Mandat von Eurojust fallende Koordinierungs-, Kooperations- oder Unterstützungsmaßnahmen erforderlich sind, setzt Europol letztere davon in Kenntnis und leitet das Verfahren zur Weitergabe der betreffenden Informationen entsprechend der Entscheidung des die Informationen übermittelnden Mitgliedstaats ein. In einem solchen Fall spricht sich Eurojust mit Europol ab.

Or. es

#### *Begründung*

*Artikel 88 Absatz 2 Buchstabe b des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union verweist auf die besondere Beziehung zwischen Europol und Eurojust, das Einbeziehen des OLAF ist nicht angemessen.*

## Änderungsantrag 87

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 6

#### *Vorschlag der Kommission*

6. Eurojust, d.h. das Kollegium, die nationalen Mitglieder, die stellvertretenden Mitglieder, die Assistenten und die Eurojust-Bediensteten, **sowie das OLAF** leisten etwaigen allgemeinen oder besonderen Einschränkungen, die von Mitgliedstaaten, EU-Einrichtungen, Drittstaaten oder internationalen

#### *Geänderter Text*

6. Eurojust, d.h. das Kollegium, die nationalen Mitglieder, die stellvertretenden Mitglieder, die Assistenten und die Eurojust-Bediensteten leisten etwaigen allgemeinen oder besonderen Einschränkungen, die von Mitgliedstaaten, EU-Einrichtungen, Drittstaaten oder internationalen Organisationen gemäß

Organisationen gemäß Artikel 25 Absatz 2 in Bezug auf den Zugang zu den von ihnen übermittelten Daten oder deren Verwendung vorgesehen wurden, Folge.

Artikel 25 Absatz 2 in Bezug auf den Zugang zu den von ihnen übermittelten Daten oder deren Verwendung vorgesehen wurden, Folge.

Or. es

### *Begründung*

*Artikel 88 Absatz 2 Buchstabe b des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union verweist auf die besondere Beziehung zwischen Europol und Eurojust, das Einbeziehen des OLAF ist nicht angemessen.*

## **Änderungsantrag 88**

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 29 – Absatz 1**

#### *Vorschlag der Kommission*

1. Soweit dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist, kann Europol Kooperationsbeziehungen zu den EU-Einrichtungen entsprechend den Zielen dieser Einrichtungen, den Strafverfolgungsbehörden von Drittstaaten, **Ausbildungseinrichtungen von Drittstaaten im Bereich der Strafverfolgung**, internationalen Organisationen und privaten Parteien herstellen und unterhalten.

#### *Geänderter Text*

1. Soweit dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist, kann Europol Kooperationsbeziehungen zu den EU-Einrichtungen entsprechend den Zielen dieser Einrichtungen, den Strafverfolgungsbehörden von Drittstaaten, internationalen Organisationen und privaten Parteien herstellen und unterhalten.

Or. es

### *Begründung*

*Da der Berichterstatter der Meinung ist, dass die Zusammenlegung von Europol und Cepol nicht stattfindet, wird jeder Hinweis auf die Ausbildung gestrichen.*

## Änderungsantrag 89

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 29 – Absatz 4 – Einleitung

#### *Vorschlag der Kommission*

4. Unbeschadet von Artikel 36 Absatz 4 übermittelt Europol personenbezogene Daten nur dann an EU-Einrichtungen, Drittstaaten und internationale Organisationen, wenn dies für die Verhütung und Bekämpfung von Kriminalitätsformen, die in die Zuständigkeit von Europol fallen, erforderlich ist, und nur im Einklang mit diesem Kapitel. Wurden die zu übermittelnden Daten von einem Mitgliedstaat geliefert, holt Europol die Zustimmung dieses Mitgliedstaates ein, es sei denn

#### *Geänderter Text*

4. Unbeschadet von Artikel 36 Absatz 4 übermittelt Europol personenbezogene Daten nur dann an EU-Einrichtungen, Drittstaaten und internationale Organisationen, wenn dies für die Verhütung und Bekämpfung von Kriminalitätsformen, die in die Zuständigkeit von Europol fallen, erforderlich ist, und nur im Einklang mit diesem Kapitel. Wurden die zu übermittelnden Daten von einem Mitgliedstaat geliefert, holt Europol **vor der Übermittlung der personenbezogenen Daten** die Zustimmung dieses Mitgliedstaates ein, es sei denn

Or. es

#### *Begründung*

*Die Zustimmung sollte erfolgen, bevor die personenbezogenen Daten übermittelt werden.*

## Änderungsantrag 90

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 29 – Absatz 4 – Buchstabe a

#### *Vorschlag der Kommission*

**(a) die Zustimmung kann als gegeben vorausgesetzt werden, da der Mitgliedstaat die Möglichkeit einer Weiterübermittlung nicht ausdrücklich eingegrenzt hat; oder**

#### *Geänderter Text*

**entfällt**

Or. es

#### *Begründung*

*Die Zustimmung zur Weitergabe von Informationen durch einen Mitgliedstaat muss eindeutig formuliert sein; hierbei darf es sich nicht um etwas handeln, dass angenommen wird. Aus*



*diesem Grunde sollte der Buchstabe (a) entfallen.*

## **Änderungsantrag 91**

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 29 – Absatz 5**

#### *Vorschlag der Kommission*

5. **Eine** Weiterübermittlung von personenbezogenen Daten durch Mitgliedstaaten, EU-Einrichtungen, Drittstaaten und internationale Organisationen **ist** nur mit ausdrücklicher Zustimmung von Europol zulässig.

#### *Geänderter Text*

**5. Personenbezogene Daten können nur übermittelt werden, wenn sich die Mitgliedstaaten, EU-Einrichtungen, Drittstaaten und internationale Organisationen dazu verpflichten, diese Daten allein zu dem Zweck zu verwenden, zu welchem die Daten übermittelt wurden. Daher ist eine** Weiterübermittlung von personenbezogenen Daten durch Mitgliedstaaten, EU-Einrichtungen, Drittstaaten und internationale Organisationen nur mit ausdrücklicher Zustimmung von Europol zulässig. **Europol gewährleistet, dass Übermittlungen von personenbezogenen Daten sowie die Begründungen zu den Übermittlungen gemäß der vorliegenden Verordnung schriftlich festgehalten werden.**

Or. es

#### *Begründung*

*Die Zustimmung zur Weitergabe von Informationen durch einen Mitgliedstaat muss eindeutig formuliert sein; hierbei darf es sich nicht um etwas handeln, dass angenommen wird.*

## **Änderungsantrag 92**

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 29 – Absatz 5 a (neu)**

#### *Vorschlag der Kommission*

#### *Geänderter Text*

**5a. Europol veröffentlicht auf seiner Webseite eine Liste der Staaten und Organisationen aller Art, mit denen Übereinkünfte zur Zusammenarbeit**

*bestehen, in deren Rahmen eine  
Übermittlung von Daten erfolgen kann.*

Or. es

*Begründung*

*Um Europol transparenter zu gestalten, ist notwendig, dass auf der Webseite von Europol eine Liste der Staaten und Organisationen aller Art veröffentlicht wird, mit denen Übereinkünfte zur Zusammenarbeit bestehen, in deren Rahmen eine Übermittlung von Daten erfolgen kann.*

**Änderungsantrag 93**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 30**

*Vorschlag der Kommission*

Vorbehaltlich etwaiger Einschränkungen nach Artikel 25 Absatz 2 oder 3 kann Europol personenbezogene Daten direkt an EU-Einrichtungen übermitteln, soweit dies für die Erfüllung der Aufgaben von Europol oder der betreffenden EU-Einrichtung erforderlich ist.

*Geänderter Text*

Vorbehaltlich etwaiger Einschränkungen nach Artikel 25 Absatz 2 oder 3 kann Europol personenbezogene Daten direkt an EU-Einrichtungen übermitteln, soweit dies für die Erfüllung der Aufgaben von Europol oder der betreffenden EU-Einrichtung erforderlich ist. ***Dieser Artikel gilt unbeschadet des Artikels 27 dieser Verordnung.***

Or. es

*Begründung*

*Da Eurojust ebenfalls eine Behörde der Union ist, ist notwendig, darauf zu verweisen, dass dieser Artikel unbeschadet der in Artikel 27 genannten Besonderheiten für Eurojust gilt.*

**Änderungsantrag 94**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 31 – Absatz 1 – Buchstabe c**

*Vorschlag der Kommission*

(c) auf der Grundlage eines vor dem Geltungsbeginn dieser Verordnung geschlossenen Kooperationsabkommens zwischen Europol und dem betreffenden

*Geänderter Text*

(c) auf der Grundlage eines vor dem Geltungsbeginn dieser Verordnung geschlossenen Kooperationsabkommens zwischen Europol und dem betreffenden

Drittstaat oder der betreffenden internationalen Organisation nach Artikel 23 des Beschlusses 2009/371/JI.

Drittstaat oder der betreffenden internationalen Organisation nach Artikel 23 des Beschlusses 2009/371/JI.  
***Diese Abkommen müssen in Bezug auf diese neue Verordnung innerhalb von spätestens zwei Jahren nach Inkrafttreten der Verordnung überarbeitet und aktualisiert werden.***

Or. es

## **Änderungsantrag 95**

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 2 – Einleitung**

#### *Vorschlag der Kommission*

2. Abweichend von Absatz 1 kann der Exekutivdirektor in Einzelfällen die Übermittlung personenbezogener Daten an Drittstaaten oder internationale Organisationen genehmigen, wenn

#### *Geänderter Text*

2. Abweichend von Absatz 1 kann der Exekutivdirektor, ***die Verpflichtungen zur Verschwiegenheit, Vertraulichkeit und Verhältnismäßigkeit achtend,*** in Einzelfällen die Übermittlung personenbezogener Daten an Drittstaaten oder internationale Organisationen genehmigen, wenn

Or. es

## **Änderungsantrag 96**

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 2 – Buchstabe d a (neu)**

#### *Vorschlag der Kommission*

#### *Geänderter Text*

***da) die Übermittlung zur Wahrung der legitimen Interessen des Inhabers der Daten erforderlich ist, wenn die Rechtsvorschriften des Mitgliedstaates, das die personenbezogenen Daten übermittelt, dies vorsehen,***

## Änderungsantrag 97

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Artikel 31 – Absatz 2 – Buchstabe d b (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***db) die Übermittlung zur Abwehr einer unmittelbaren und ernsthaften Gefahr für die öffentliche Sicherheit eines Mitgliedstaats oder eines Drittlands unerlässlich ist,***

Or. es

*Begründung*

*Die Ausnahmen zur Übermittlung von Daten müssen auf bestimmte Einzelfälle angepasst werden.*

## Änderungsantrag 98

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Artikel 32 – Absatz 1 – Einleitung

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

1. Soweit dies für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist, kann Europol von privaten Parteien stammende personenbezogene Daten verarbeiten, wenn ihm diese auf einem der folgenden Wege zugehen:

1. Soweit dies für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist, kann Europol von privaten Parteien stammende personenbezogene Daten verarbeiten.  
***Europol kann diese Daten direkt von privaten Parteien empfangen, wenn anwendbare nationale Rechtsvorschriften über den privaten Bereich die direkte Übermittlung dieser Daten an Strafverfolgungsbehörden vorsehen. In solchen Fällen übermittelt Europol sofort alle Informationen, insbesondere personenbezogene Daten, an die betreffenden nationalen Einheiten.***  
***Wenn die geltenden nationalen Rechtsvorschriften eine derartige direkte***

***Übermittlung nicht vorsehen, können personenbezogene Daten nur dann in Empfang genommen werden,*** wenn ihm diese auf einem der folgenden Wege zugehen:

Or. es

*Begründung*

*Europol muss für die Zusammenarbeit mit privaten Parteien mit besseren Fähigkeiten ausgestattet werden, was aber nur dann möglich ist, wenn die anwendbaren nationalen Rechtsvorschriften eine derartige Datenübermittlung genehmigen.*

**Änderungsantrag 99**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 46 – Absatz 3 – Buchstabe e**

*Vorschlag der Kommission*

(e) die Berichtigung, Sperrung, Löschung oder Vernichtung aller Daten, die unter Verletzung der Vorschriften über die Verarbeitung personenbezogener Daten verarbeitet wurden, und die Meldung solcher Maßnahmen an Dritte, denen die Daten mitgeteilt wurden, anordnen;

*Geänderter Text*

(e) die Berichtigung, Sperrung, Löschung oder Vernichtung aller Daten, die unter Verletzung der Vorschriften über die Verarbeitung personenbezogener Daten verarbeitet wurden, und die Meldung solcher Maßnahmen an Dritte, denen die Daten mitgeteilt wurden, anordnen;

Or. es

**Änderungsantrag 100**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 46 – Absatz 3 – Buchstabe f**

*Vorschlag der Kommission*

(f) die Verarbeitung vorübergehend oder endgültig verbieten;

*Geänderter Text*

(f) die Verarbeitung ***nach Stellungnahme des Verwaltungsrates*** vorübergehend oder endgültig verbieten;

Or. es

## *Begründung*

*Bevor eine solche Maßnahme getroffen wird, ist es ratsam, den Verwaltungsrat hinzu zu ziehen.*

### **Änderungsantrag 101**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 46 – Absatz 5**

##### *Vorschlag der Kommission*

5. Der Europäische Datenschutzbeauftragte erstellt einen jährlichen Bericht über seine Europol betreffenden Kontrolltätigkeiten. Dieser Bericht ist Teil des in Artikel 48 der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 genannten jährlichen Berichts des Europäischen Datenschutzbeauftragten.

##### *Geänderter Text*

5. Der Europäische Datenschutzbeauftragte erstellt einen jährlichen Bericht über seine Europol betreffenden Kontrolltätigkeiten. Dieser Bericht ist Teil des in Artikel 48 der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 genannten jährlichen Berichts des Europäischen Datenschutzbeauftragten. ***Dieser Bericht wird der parlamentarischen Kontrollgruppe zugeleitet und dort vorgestellt sowie dem Rat, der Kommission und den nationalen Parlamenten zugeleitet.***

Or. es

## *Begründung*

*Artikel 88 des Vertrags zur Arbeitsweise der Europäischen Union verweist in der Verordnung über die parlamentarische Kontrolle auf die Verpflichtung zur Hinzuziehung, die vom Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten ausgehen muss. Aus diesem Grund wurde die parlamentarische Kontrollgruppe eingerichtet, die durch Artikel XXX der vorliegenden Verordnung reguliert wird.*

### **Änderungsantrag 102**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 53 – Absatz – 1 (neu)**

##### *Vorschlag der Kommission*

##### *Geänderter Text*

***-1. Die parlamentarische Kontrollgruppe  
Ein Mechanismus zur Kontrolle der  
Tätigkeiten von Europol durch das  
Europäische Parlament und die***

*nationalen Parlamente wird anhand der der parlamentarischen Kontrollgruppe – einer kleinen, spezialisierten Struktur, die vom zuständigen Ausschuss des Europäischen Parlaments (LIBE) zusammen mit einem Vertreter des Ausschusses für Inneres oder, analog dazu, einem Vertreter von jedem nationalen Parlament der Mitgliedstaaten gebildet wird – eingerichtet.*

Or. es

### **Änderungsantrag 103**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 53 – Absatz – 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*1a. Die parlamentarische Kontrollgruppe wird am Sitz des Europäischen Parlaments aufgenommen und vom Vorsitzenden des zuständigen Ausschusses des Europäischen Parlaments (LIBE) einberufen. Sie wird vom Vorsitzenden des Ausschusses LIBE und dem Vertreter des nationalen Parlaments des Mitgliedstaats, das die Präsidentschaft pro tempore des Rats innehält, geleitet.*

Or. es

### **Änderungsantrag 104**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 53 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

1. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates und der Exekutivdirektor erscheinen auf

1. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates und der Exekutivdirektor erscheinen auf

Verlangen vor **dem Europäischen Parlament und Vertretern der nationalen Parlamente**, um Europol betreffende Angelegenheiten zu erörtern; dabei berücksichtigen sie die Verpflichtung zur Zurückhaltung und Verschwiegenheit.

Verlangen vor **der parlamentarischen Kontrollgruppe**, um Europol betreffende Angelegenheiten zu erörtern; dabei berücksichtigen sie die Verpflichtung zur Zurückhaltung und Verschwiegenheit.

Or. es

#### *Begründung*

*Artikel 88 des Vertrags zur Arbeitsweise der Europäischen Union verweist in der Verordnung über die parlamentarische Kontrolle auf die Verpflichtung zur Hinzuziehung, die vom Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten ausgehen muss. Aus diesem Grund wurde die parlamentarische Kontrollgruppe eingerichtet, die durch Artikel 53 der vorliegenden Verordnung reguliert wird.*

### **Änderungsantrag 105**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 53 – Absatz 3 – Einleitung**

##### *Vorschlag der Kommission*

3. Europol unterliegt den in dieser Verordnung dargelegten Anhörungs- und Informationspflichten und übermittelt unter Berücksichtigung der Verpflichtung zur Zurückhaltung und Verschwiegenheit **dem Europäischen Parlament sowie den nationalen Parlamenten** außerdem informationshalber

##### *Geänderter Text*

3. Europol unterliegt den in dieser Verordnung dargelegten Anhörungs- und Informationspflichten und übermittelt unter Berücksichtigung der Verpflichtung zur Zurückhaltung und Verschwiegenheit **der parlamentarischen Kontrollgruppe** außerdem informationshalber

Or. es

#### *Begründung*

*Artikel 88 des Vertrags zur Arbeitsweise der Europäischen Union verweist in der Verordnung über die parlamentarische Kontrolle auf die Verpflichtung zur Hinzuziehung, die vom Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten ausgehen muss. Aus diesem Grund wurde die parlamentarische Kontrollgruppe eingerichtet, die durch Artikel 53 der vorliegenden Verordnung reguliert wird.*



## Änderungsantrag 106

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 54 – Absatz 1

#### *Vorschlag der Kommission*

1. Um die Ausübung der parlamentarischen Kontrolle der Tätigkeiten Europol's nach Artikel 53 zu ermöglichen, kann **dem Europäischen Parlament und seinen Vertretern** auf Antrag Zugang zu EU-Verschlussachen und nicht als Verschlussache eingestuft, aber sensiblen Informationen gewährt werden.

#### *Geänderter Text*

1. Um die Ausübung der parlamentarischen Kontrolle der Tätigkeiten Europol's nach Artikel 53 zu ermöglichen, kann **der parlamentarischen Kontrollgruppe** auf Antrag Zugang zu EU-Verschlussachen und nicht als Verschlussache eingestuft, aber sensiblen Informationen gewährt werden. **Aufgrund der Tatsache, dass es sich hierbei um sensible, als Verschlussache eingestufte Informationen handelt, werden diese im Europäischen Parlament gemäß dem in der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments, besonders Anhang VIII, festgelegten Verfahrens verarbeitet.**

Or. es

## Änderungsantrag 107

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 56 – Absatz 2

#### *Vorschlag der Kommission*

2. Der Exekutivdirektor wird vom Verwaltungsrat aus einer Liste **von Bewerbern, die die Kommission** im Anschluss an ein offenes und transparentes Auswahlverfahren **vorgeschlagen hat**, ernannt.

Für den Abschluss des Vertrags mit dem Exekutivdirektor wird Europol durch den Vorsitzenden des Verwaltungsrats vertreten.

#### *Geänderter Text*

2. Der Exekutivdirektor wird vom Verwaltungsrat aus einer Liste **mit mindestens drei Bewerbern, die von einem Ausschuss bestehend aus einem Vertreter der Kommission im Verwaltungsrat und zwei weiteren Mitgliedern des Verwaltungsrats vorgeschlagen wurden**, im Anschluss an ein offenes und transparentes Auswahlverfahren, ernannt.

Für den Abschluss des Vertrags mit dem Exekutivdirektor wird Europol durch den Vorsitzenden des Verwaltungsrats vertreten.

Vor der Ernennung **kann** der vom Verwaltungsrat ausgewählte Bewerber aufgefordert **werden**, sich vor **dem zuständigen Ausschuss des Europäischen Parlaments** zu äußern und Fragen der Mitglieder des Ausschusses zu beantworten.

Vor der Ernennung **wird** der vom Verwaltungsrat ausgewählte Bewerber aufgefordert, sich vor **der parlamentarischen Kontrollgruppe** zu äußern und Fragen der Mitglieder des Ausschusses zu beantworten.

Or. es

#### *Begründung*

*Die Einrichtung eines neuen Ausschusses zur Erstellung einer Liste mit mindestens drei Bewerbern für die spätere Ernennung zum Exekutivdirektor wird vom Vertreter der Kommission im Verwaltungsrat und zwei anderen Mitgliedern des Verwaltungsrates durchgeführt. Der Vertreter der Kommission wurde eingeschlossen, da die Kommission viel Erfahrung mit der Auswahl von Mitarbeitern hat. Des Weiteren wird die parlamentarische Kontrollgruppe für eine verbesserte parlamentarische Kontrolle eingeschlossen.*

#### **Änderungsantrag 108**

##### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 56 – Absatz 5**

###### *Vorschlag der Kommission*

5. Der Verwaltungsrat unterrichtet das Europäische Parlament, wenn er beabsichtigt, die Amtszeit des Exekutivdirektors zu verlängern. Innerhalb eines Monats vor der Verlängerung der Amtszeit **kann** der Exekutivdirektor aufgefordert **werden**, sich vor **dem zuständigen Ausschuss des Europäischen Parlaments** zu äußern und Fragen der Ausschussmitglieder zu beantworten.

###### *Geänderter Text*

5. Der Verwaltungsrat unterrichtet das Europäische Parlament, wenn er beabsichtigt, die Amtszeit des Exekutivdirektors zu verlängern. Innerhalb eines Monats vor der Verlängerung der Amtszeit **wird** der Exekutivdirektor aufgefordert, sich vor **der parlamentarischen Kontrollgruppe** zu äußern und Fragen der Ausschussmitglieder zu beantworten.

Or. es

#### *Begründung*

*Des Weiteren wird die parlamentarische Kontrollgruppe für eine verbesserte parlamentarische Kontrolle eingeschlossen.*

## Änderungsantrag 109

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 56 – Absatz 7

#### *Vorschlag der Kommission*

7. Der Exekutivdirektor kann seines Amtes nur aufgrund eines Beschlusses des Verwaltungsrates **auf Vorschlag der Kommission** enthoben werden.

#### *Geänderter Text*

7. Der Exekutivdirektor kann seines Amtes nur aufgrund eines Beschlusses des Verwaltungsrates, **der der parlamentarischen Kontrollgruppe darüber Bericht erstattet**, enthoben werden.

Or. es

#### *Begründung*

*Stärkung der parlamentarischen Kontrolle*

## Änderungsantrag 110

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 57 – Absatz 1

#### *Vorschlag der Kommission*

1. Der Exekutivdirektor wird von **vier** stellvertretenden Exekutivdirektoren unterstützt, **von denen einer für Aus- und Fortbildung zuständig ist. Der stellvertretende Exekutivdirektor für Aus- und Fortbildung ist für die Verwaltung der Europol-Akademie und deren Tätigkeiten zuständig.** Der Exekutivdirektor legt die Aufgaben der anderen stellvertretenden Exekutivdirektoren fest.

#### *Geänderter Text*

1. Der Exekutivdirektor wird von **drei** stellvertretenden Exekutivdirektoren unterstützt. Der Exekutivdirektor legt die Aufgaben der anderen stellvertretenden Exekutivdirektoren fest.

Or. es

#### *Begründung*

*Die Inklusion eines vierten stellvertretenden Exekutivdirektors ist auf die Zusammenlegung von Europol und Cepol zurückzuführen; da der Berichtersteller ihn für nicht zweckmäßig erachtet, kann das System der drei stellvertretenden Exekutivdirektoren beibehalten werden.*

## Änderungsantrag 111

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 60 – Absatz 2

#### *Vorschlag der Kommission*

2. Auf der Grundlage dieses Entwurfs stellt der Verwaltungsrat einen vorläufigen Entwurf des Voranschlags der Einnahmen und Ausgaben Europol's für das folgende Haushaltsjahr auf. Der vorläufige Entwurf des Voranschlags der Einnahmen und Ausgaben Europol's geht der Kommission jährlich bis [...in der Rahmenfinanzregelung vorgesehenes Datum] zu. Der endgültige Entwurf des Voranschlags, der auch einen Entwurf des Stellenplans umfasst, wird der Kommission, **dem Europäischen Parlament und dem Rat** bis zum 31. März vom Verwaltungsrat übermittelt.

#### *Geänderter Text*

2. Auf der Grundlage dieses Entwurfs stellt der Verwaltungsrat einen vorläufigen Entwurf des Voranschlags der Einnahmen und Ausgaben Europol's für das folgende Haushaltsjahr auf. Der vorläufige Entwurf des Voranschlags der Einnahmen und Ausgaben Europol's geht der Kommission jährlich bis [...in der Rahmenfinanzregelung vorgesehenes Datum] zu. Der endgültige Entwurf des Voranschlags, der auch einen Entwurf des Stellenplans umfasst, wird **der parlamentarischen Kontrollgruppe übermittelt und vorgestellt und** der Kommission, dem Rat **und den nationalen Parlamenten** bis zum 31. März vom Verwaltungsrat übermittelt.

Or. es

#### *Begründung*

*Artikel 88 des Vertrags zur Arbeitsweise der Europäischen Union verweist in der Verordnung über die parlamentarische Kontrolle auf die Verpflichtung zur Hinzuziehung, die vom Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten ausgehen muss. Aus diesem Grund wurde die parlamentarische Kontrollgruppe eingerichtet, die durch Artikel 53 der vorliegenden Verordnung reguliert wird.*

## Änderungsantrag 112

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 62 – Absatz 2

#### *Vorschlag der Kommission*

2. Europol sendet **dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Rechnungshof bis zum 31. März des folgenden Haushaltsjahres** den Bericht über die Haushaltsführung und das

#### *Geänderter Text*

2. Europol sendet **der parlamentarischen Kontrollgruppe** den Bericht über die Haushaltsführung und das Finanzmanagement zu **und stellt diesen dort vor und sendet ihn bis zum 31. März**

Finanzmanagement zu.

***des folgenden Haushaltsjahres dem Rat  
und dem Rechnungshof zu.***

Or. es

*Begründung*

*Artikel 88 des Vertrags zur Arbeitsweise der Europäischen Union verweist in der Verordnung über die parlamentarische Kontrolle auf die Verpflichtung zur Hinzuziehung, die vom Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten ausgehen muss. Aus diesem Grund wurde die parlamentarische Kontrollgruppe eingerichtet, die durch Artikel 53 der vorliegenden Verordnung reguliert wird.*

**Änderungsantrag 113**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 62 – Absatz 6**

*Vorschlag der Kommission*

6. Der Exekutivdirektor übermittelt die endgültigen Jahresabschlüsse zusammen mit der Stellungnahme des Verwaltungsrats bis zum 1. Juli nach dem Ende des Haushaltsjahrs ***dem Europäischen Parlament, dem Rat, der Kommission, dem Rechnungshof und den nationalen Parlamenten.***

*Geänderter Text*

6. Der Exekutivdirektor übermittelt die endgültigen Jahresabschlüsse zusammen mit der Stellungnahme des Verwaltungsrats ***an die parlamentarische Kontrollgruppe und stellt diese dort vor und sendet sie*** bis zum 1. Juli nach dem Ende des Haushaltsjahrs ***an den Rat, die Kommission, den Rechnungshof und die nationalen Parlamente.***

Or. es

*Begründung*

*Artikel 88 des Vertrags zur Arbeitsweise der Europäischen Union verweist in der Verordnung über die parlamentarische Kontrolle auf die Verpflichtung zur Hinzuziehung, die vom Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten ausgehen muss. Aus diesem Grund wurde die parlamentarische Kontrollgruppe eingerichtet, die durch Artikel 53 der vorliegenden Verordnung reguliert wird.*

## Änderungsantrag 114

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 63 – Absatz 2

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**2. Aufgrund der Besonderheit der Mitglieder des Netzes der Schulungseinrichtungen der Mitgliedstaaten, die die einzigen Stellen mit der technischen Leistungsfähigkeit zur Durchführung einschlägiger Aus- und Fortbildungsmaßnahmen sind, können diesen Mitgliedern gemäß Artikel 190 Absatz 1 Buchstabe d der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen Finanzhilfen gewährt werden.**

**entfällt**

Or. es

*Begründung*

*Alle Verweise auf Aus- und Fortbildung entfallen, da der Berichterstatter der Auffassung ist, dass die Zusammenlegung von Europol und Cepol nicht realisiert wird.*

## Änderungsantrag 115

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 70 – Absatz 2

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

2. Die Kommission **leitet** den Bewertungsbericht zusammen mit ihren daraus gezogenen Schlussfolgerungen an **das Europäische Parlament**, den Rat, die nationalen Parlamente und den Verwaltungsrat weiter.

2. Die Kommission **übermittelt und legt dem Referat für parlamentarische Kontrolle** den Bewertungsbericht zusammen mit ihren daraus gezogenen Schlussfolgerungen **vor und dieses leitet den Bewertungsbericht** an den Rat, die nationalen Parlamente und den Verwaltungsrat weiter.

Or. es

## *Begründung*

*Nach Artikel 88 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union sollen in den Verordnungen Vorschriften für die parlamentarische Kontrolle, welche dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten obliegen, festgelegt werden. Zu diesem Zweck wird das Referat für parlamentarische Kontrolle errichtet, welches in Artikel 53 dieser Verordnung geregelt ist.*

### **Änderungsantrag 116**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 70 – Absatz 3**

##### *Vorschlag der Kommission*

3. Im Rahmen jeder zweiten Bewertung bewertet die Kommission auch die von Europol in Bezug auf seine Ziele, seinen Auftrag und seine Aufgaben erreichten Ergebnisse. Stellt die Kommission fest, dass die vorgegebenen Ziele und Aufgaben das weitere Bestehen Europol nicht mehr rechtfertigen, so kann sie eine entsprechende Änderung oder die Aufhebung dieser Verordnung vorschlagen.

##### *Geänderter Text*

3. Im Rahmen jeder zweiten Bewertung bewertet die Kommission auch die von Europol in Bezug auf seine Ziele, seinen Auftrag und seine Aufgaben erreichten Ergebnisse. Stellt die Kommission fest, dass die vorgegebenen Ziele und Aufgaben das weitere Bestehen Europol nicht mehr rechtfertigen, so kann sie eine entsprechende Änderung oder die Aufhebung dieser Verordnung vorschlagen. ***Dieser Vorschlag ist Gegenstand des gleichen Verfahrens, nach welchem diese Verordnung angenommen wurde.***

Or. es

### **Änderungsantrag 117**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 73 – Absatz 1**

##### *Vorschlag der Kommission*

1. Europol in der durch diese Verordnung festgelegten Form ist der allgemeine Rechtsnachfolger für alle Verträge, Verbindlichkeiten und Vermögensgegenstände des durch Beschluss 2009/371/JI gegründeten Europäischen Polizeiamtes Europol ***und***

##### *Geänderter Text*

1. Europol in der durch diese Verordnung festgelegten Form ist der allgemeine Rechtsnachfolger für alle Verträge, Verbindlichkeiten und Vermögensgegenstände des durch Beschluss 2009/371/JI gegründeten

***der durch Beschluss 2000/681/JI  
gegründeten Europäischen  
Polizeiakademie CEPOL.***

Europäischen Polizeiamtes Europol.

Or. es

*Begründung*

*Der Berichterstatter streicht jegliche Bezugnahme auf CEPOL, da er der Ansicht ist, dass es nicht zu einer Verschmelzung von Europol und Cepol kommen wird.*

**Änderungsantrag 118**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 73 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***3. Diese Verordnung lässt die von der  
CEPOL auf der Grundlage des  
Beschlusses 2005/681/JI vor dem Datum  
des Inkrafttretens dieser Verordnung  
geschlossenen Vereinbarungen  
unberührt.*** ***entfällt***

Or. es

*Begründung*

*Der Berichterstatter streicht jegliche Bezugnahme auf CEPOL, da er der Ansicht ist, dass es nicht zu einer Verschmelzung von Europol und Cepol kommen wird.*

**Änderungsantrag 119**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 73 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***4. Abweichend von Absatz 3 wird das auf  
der Grundlage des Beschlusses  
2005/681/JI geschlossene Sitzabkommen  
zum Datum des Geltungsbeginns dieser  
Verordnung gekündigt.*** ***entfällt***

Or. es



### *Begründung*

*Der Berichterstatter streicht jegliche Bezugnahme auf CEPOL, da er der Ansicht ist, dass es nicht zu einer Verschmelzung von Europol und Cepol kommen wird.*

### **Änderungsantrag 120**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 74 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**1. Die auf der Grundlage von Artikel 10 des Beschlusses 2005/681/JI festgelegte Amtszeit der Mitglieder des Verwaltungsrates der CEPOL endet am [Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung].** **entfällt**

Or. es

### *Begründung*

*Der Berichterstatter streicht jegliche Bezugnahme auf CEPOL, da er der Ansicht ist, dass es nicht zu einer Verschmelzung von Europol und Cepol kommen wird.*

### **Änderungsantrag 121**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 75 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**4. Dem auf der Grundlage von Artikel 11 Absatz 1 des Beschlusses 2005/681/JI ernannten Direktor der CEPOL werden für seine noch verbleibende Amtszeit die Aufgaben des stellvertretenden Exekutivdirektors Europols für Aus- und Fortbildung übertragen. Die sonstigen Bedingungen seines Vertrags bleiben unverändert. Endet seine Amtszeit nach [dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung], aber vor [dem Datum des Geltungsbeginns dieser Verordnung],** **entfällt**

*wird seine Amtszeit automatisch bis ein Jahr nach dem Geltungsbeginn dieser Verordnung verlängert.*

Or. es

*Begründung*

*Der Berichterstatter streicht jegliche Bezugnahme auf CEPOL, da er der Ansicht ist, dass es nicht zu einer Verschmelzung von Europol und Cepol kommen wird.*

**Änderungsantrag 122**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 76 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***1. In den drei Haushaltsjahren nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung sind jeweils mindestens 8 Millionen Euro der Betriebskosten Europol für Aus- und Fortbildung gemäß Kapitel III reserviert.***

***entfällt***

Or. es

*Begründung*

*Der Berichterstatter streicht jegliche Bezugnahme auf CEPOL, da er der Ansicht ist, dass es nicht zu einer Verschmelzung von Europol und Cepol kommen wird.*

**Änderungsantrag 123**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 77**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Die Beschlüsse 2009/371/JI und 2005/681/JI werden*** durch diese Verordnung aufgehoben und ersetzt.

***Der Beschluss*** 2009/371/JI ***wird*** durch diese Verordnung aufgehoben und ersetzt.

Verweise auf ***die ersetzten Beschlüsse*** gelten als Verweise auf diese Verordnung.

Verweise auf ***den ersetzten Beschluss*** gelten als Verweise auf diese Verordnung.

Or. es

### *Begründung*

*Der Berichterstatter streicht jegliche Bezugnahme auf CEPOL, da er der Ansicht ist, dass es nicht zu einer Verschmelzung von Europol und Cepol kommen wird.*

### **Änderungsantrag 124**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 78 – Absatz 1**

##### *Vorschlag der Kommission*

1. Sämtliche legislativen Maßnahmen zur Umsetzung **der Beschlüsse** 2009/371/JI **und 2005/681/JI** werden mit Wirkung ab dem Datum des Geltungsbeginns dieser Verordnung aufgehoben.

##### *Geänderter Text*

1. Sämtliche legislativen Maßnahmen zur Umsetzung **des Beschlusses** 2009/371/JI werden mit Wirkung ab dem Datum des Geltungsbeginns dieser Verordnung aufgehoben.

Or. es

### *Begründung*

*Der Berichterstatter streicht jegliche Bezugnahme auf CEPOL, da er der Ansicht ist, dass es nicht zu einer Verschmelzung von Europol und Cepol kommen wird.*

### **Änderungsantrag 125**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 78 – Absatz 2**

##### *Vorschlag der Kommission*

2. Sämtliche nicht legislativen Maßnahmen zur Umsetzung des Beschlusses 2009/371/JI zur Errichtung des Europäischen Polizeiamts (Europol) **und des Beschlusses 2005/681/JI zur Errichtung der CEPOL** bleiben auch nach dem [Datum des Geltungsbeginns dieser Verordnung] in Kraft, sofern der Verwaltungsrat Europols im Zuge der Umsetzung dieser Verordnung nichts anderes beschließt.

##### *Geänderter Text*

2. Sämtliche nicht legislativen Maßnahmen zur Umsetzung des Beschlusses 2009/371/JI zur Errichtung des Europäischen Polizeiamts (Europol) bleiben auch nach dem [Datum des Geltungsbeginns dieser Verordnung] in Kraft, sofern der Verwaltungsrat Europols im Zuge der Umsetzung dieser Verordnung nichts anderes beschließt.

Or. es

### *Begründung*

*Der Berichterstatter streicht jegliche Bezugnahme auf CEPOL, da er der Ansicht ist, dass es nicht zu einer Verschmelzung von Europol und Cepol kommen wird.*

## **BEGRÜNDUNG**

### **1. HINTERGRUND DES VORSCHLAGS**

Das Europäische Polizeiamt (Europol) wurde in erster Instanz am 26. Juli 1995 durch ein Übereinkommen gegründet. Zu dem Zeitpunkt seiner Errichtung stellte das Übereinkommen, welches von allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden musste, um in Kraft zu treten, das unter dem Vertrag von Maastricht einzige verfügbare Instrument dar. Dieser Mechanismus sah vor, dass sämtliche Änderungen des Europol-Übereinkommens nur durch ein „Protokoll“ vorgenommen werden konnten, ein Instrument, das den nationalen Parlamenten anschließend zur Ratifizierung vorgelegt werden musste.

Zwischen 2000 und 2003 wurden mit dem Ziel, die Arbeitsweise von Europol zu verbessern, drei Protokolle ratifiziert. Diese Protokolle traten zwischen dem 29. März und dem 18. April 2007 in Kraft. Dabei handelte es sich um ein besonders langes und komplexes Verfahren. Dies zeigt, wie schwierig oder sogar unmöglich es war, zügig die allgemeinen Rahmenregelungen von Europol für dringende Fälle, die die Zuweisung von neuen Zuständigkeiten erforderten, anzupassen.

Europol benötigte ein effizienteres Rechts- und Regulierungsinstrument, mit welchem es im Kampf gegen das Verbrechen in einer immer stärker globalisierten Welt besser reagieren konnte. Dank des Inkrafttretens des Vertrags von Amsterdam wird sich das Europäische Polizeiamt mit dem Haushalt und Personal der Gemeinschaft als Europäische Agentur neu organisieren. Zu diesem Zweck erließ der Rat am 6. April 2009 den Beschluss zur Errichtung des Europäischen Polizeiamts, mit welchem das frühere Europol-Übereinkommen aufgehoben wurde.

Durch das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 wurde gleichzeitig die Mitentscheidungsbefugnis des Europäischen anerkannt. Artikel 88 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union sieht vor, dass das Europäische Parlament und der Rat durch eine im Mitentscheidungsverfahren angenommene Verordnung den Aufbau, die Arbeitsweise, den Tätigkeitsbereich und die Aufgaben von Europol festlegen.

Die Aufgabe Euopols, wie sie in Artikel 88 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union niedergelegt ist, ist: die Tätigkeit der Polizeibehörden und der anderen Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten sowie deren gegenseitige Zusammenarbeit bei der Prävention und Bekämpfung der zwei oder mehr Mitgliedstaaten betreffenden schweren Kriminalität, des Terrorismus und der Kriminalitätsformen, die ein gemeinsames Interesse verletzen, das Gegenstand einer Politik der Union ist, zu unterstützen und zu verstärken. Außerdem hat Europol die Aufgabe, den Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten zu erleichtern und kriminalistische Analysen zu erstellen, um die nationalen Polizeidienste bei grenzübergreifenden Ermittlungen zu unterstützen.

Der Europäische Rat hat sich im „Stockholmer Programm – Ein offenes und sicheres Europa im Dienste und zum Schutz der Bürger“ dafür ausgesprochen, dass Europol „zu einem Knotenpunkt des Informationsaustauschs zwischen den Strafverfolgungsbehörden der

Mitgliedstaaten, einem Diensteanbieter und einer Plattform für Strafverfolgungsdienste werden“ soll. Mit dem Erlass dieser Verordnung wird eines der Ziele und Prioritäten des Stockholmer Programms erreicht.

Vor dem Hintergrund:

- der wiederholt von der Mehrzahl der im Europäischen Parlament vertretenen Fraktionen geäußerten Ansicht,
- den mündlichen Mitteilungen im Parlament und den schriftlichen Mitteilungen der Vorsitzenden der Verwaltungsräte von Ceuol und Europol,
- den Stellungnahmen der Direktoren von Europol und Ceuol im Parlament,
- der in der Tagung des Rates „Justiz und Inneres“ am 7. Juni 2013 von den meisten Mitgliedstaaten vertretenen Meinung

und in Anbetracht der Tatsache, dass sich alle ausnahmslos gegen die Verschmelzung von Europol und Ceuol aussprachen,

teilt der Berichterstatter die aufgeführten Meinungen und ist der Ansicht, dass sich die Verordnung über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit und die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI und 2005/681/JI ausschließlich auf das Europäische Polizeiamt Europol beziehen soll und somit mit diesem Verordnungsvorschlag nur der Beschluss 2009/371/JI aufgehoben werden soll.

Im vergangenen Jahrzehnt hat die Schwerekriminalität wie auch die organisierte Kriminalität in der Europäischen Union zugenommen und neue Formen angenommen. Europol hat in seiner Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der schweren und der organisierten Kriminalität in der Europäischen Union im Jahr 2013 (SOCTA) darauf hingewiesen, dass die schwere und organisierte Kriminalität immer dynamischer und komplexer wird und nach wie vor eine große Bedrohung für die Sicherheit und den Wohlstand in der EU darstellt. Wie es darin weiter heißt, haben die gesellschaftlichen und die wirtschaftlichen Folgen der Globalisierung mit dazu beigetragen, dass sich schwer wiegende neue Kriminalitätsformen entwickeln konnten, bei denen kriminelle Netze Schlupflöcher in Rechtsvorschriften, das Internet und die durch die Wirtschaftskrise entstandenen Rahmenbedingungen dazu nutzen, unter geringem Risiko illegale Erträge zu erwirtschaften. Das Internet wird dabei für die Organisation und die Begehung von Straftaten, als Kommunikationsmittel, als Marktplatz, als Rekrutierungsinstrument und als Finanzdienst missbraucht. Außerdem erleichtert es neue Formen der Cyberkriminalität, den Kreditkartenbetrug und die Verbreitung von Material über Kindesmissbrauch.

Im Hinblick auf die Veränderung der Vorgehensweise des organisierten Verbrechens in der Europäischen Union muss darauf hingewiesen werden, dass die Vereinigungen des organisierten Verbrechens gegenwärtig die Maximierung ihrer Gewinne zum Ziel haben und aus diesem Grund zahlreiche Straftaten wie den Menschenhandel oder den Handel mit illegalen Drogen und Schusswaffen, Finanzstraftaten wie Korruption, Betrug und Geldwäsche

sowie Cyberstraftaten begehen. All diese Straftaten stellen nicht nur eine Bedrohung für die persönliche und die wirtschaftliche Sicherheit der europäischen Bürger dar, sondern generieren auch illegale Erträge, durch die der Einfluss krimineller Netze weiter wächst und den Behörden dringend benötigte Einnahmen verloren gehen. Der Terrorismus ist nach wie vor eine große Bedrohung für die Sicherheit in der EU, denn alle Gesellschaften in Europa sind nach wie vor anfällig gegenüber Terroranschlägen.

Bei den Sorgen der europäischen Bürger nimmt die Kriminalität den fünften Platz ein. Die Unionsbürger sind außerdem von der schnell ansteigenden Internetkriminalität betroffen, die das Vertrauen in Dienstleistungen über das Internet schwächen und der Wirtschaft der Europäischen Union beträchtliche Schäden zufügen könnte. Aus diesem Grund wurde am 11. Januar 2013 das vom Europäischen Polizeiamt abhängige Europäische Zentrum zur Bekämpfung der Cyberkriminalität EC3 als Koordinierungsinstrument im Bereich der Computerstraftaten gegründet.

Aus den oben genannten Gründen besteht ein konkreter Bedarf an einem Europäischen Polizeiamt für die effiziente und wirkungsvolle Zusammenarbeit und Informationsaustausch.

## **2. RECHTLICHE ASPEKTE DES VORSCHLAGS**

Rechtsgrundlage des Vorschlags ist Artikel 88 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

## **3. ZIELE UND INHALT**

Der Vorschlag legt klar das Tätigkeitsfeld von Europol, seine Aufgaben und die Art, wie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten durchgeführt werden soll, fest. Außerdem wird Folgendes angestrebt:

1. Anpassung von Europol an die Anforderungen des Vertrags von Lissabon durch Festlegung des rechtlichen Rahmens für Europol im Wege einer Verordnung und durch Einführung eines Mechanismus für die Kontrolle der Tätigkeiten Euopols durch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente.
2. Verbesserung der Steuerung von Europol durch die Erhöhung seiner Effizienz.
3. Die Ausstattung von Europol mit einer stabileren Architektur im Bereich des Datenschutzes, wobei dem Europäischen Datenschutzbeauftragten mit voller Unabhängigkeit die Überwachung der Verarbeitung personenbezogener Daten durch Europol obliegt.
4. Verstärkung des Informationsaustauschs

Die Verordnung sieht vor, dass diese Ziele durch folgende Maßnahmen erreicht werden sollen:

### **3.1. Die Anpassung von Europol an den Vertrag von Lissabon und die parlamentarische Kontrolle**

Durch die vorgeschlagene Verordnung würde sichergestellt, dass Euopols Tätigkeiten der

Kontrolle durch demokratisch gewählte Vertreter der EU-Bürger unterliegen. Die detailliert ausgeführten Kontrollbestimmungen gründen sich auf die Kommissionsmitteilung „Die Verfahren für die Kontrolle der Tätigkeiten von Europol durch das Europäische Parlament unter Beteiligung der nationalen Parlamente“.

Diese parlamentarische Kontrolle ist ausdrücklich in Artikel 53 dieser Verordnung niedergelegt, obwohl der Wortlaut der Verordnung auch mehrmals an anderen Stellen Bezug darauf nimmt.

Der Mechanismus für die Kontrolle der Tätigkeiten Euopols durch das Europäische Parlament zusammen mit den nationalen Parlamenten wird über das Referat für parlamentarische Kontrolle mit einer spezialisierten und kleinen Struktur verwirklicht, welches durch den zuständigen Ausschuss des Europäischen Parlaments (LIBE) zusammen mit einem Vertreter des Ausschusses für innere Angelegenheiten oder analog dazu mit einem Vertreter für jedes nationale Parlament der Mitgliedstaaten errichtet wird. Diese parlamentarische Kontrolle findet stets am Sitz des Europäischen Parlaments statt. Sie wird durch den Vorsitzenden des zuständigen Ausschusses des Europäischen Parlaments (LIBE) einberufen. Den Vorsitz führen der Vorsitzende des LIBE-Ausschusses gemeinsam mit dem Vertreter des nationalen Parlaments des Mitgliedstaats, welcher den Vorsitz im Rat der Europäischen Union auf Zeit innehat.

Vor diesem Referat für parlamentarische Kontrolle wird Folgendes erörtert und aufgeworfen:

- ein konsolidierter Jahresbericht über die Tätigkeiten Euopols,
- die jährlichen bzw. mehrjährigen Arbeitsprogramme und
- der jährliche Bericht des Europäischen Datenschutzbeauftragten über seine Europol betreffenden Kontrolltätigkeiten.

Darüber hinaus kann mit dieser gleichen Struktur ein ausgewählter Kandidat für den Posten des Exekutivdirektors von Europol ernannt werden, um eine Erklärung abzugeben und über die Durchführung seiner Aufgabe Bericht zu erstatten.

Gemäß dem vorstehend genannten Artikel 53 erscheinen der Vorsitzende des Verwaltungsrats und der Exekutivdirektor auf Verlangen vor dem Referat für parlamentarische Kontrolle, um Europol betreffende Angelegenheiten zu erörtern. Darüber hinaus erhalten das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente zu ihrer Information im Zusammenhang mit den Zielen Euopols stehende Risikobewertungen, strategische Analysen und allgemeine Lageberichte sowie die Ergebnisse der von Europol in Auftrag gegebenen Studien und Evaluierungen.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass das Europäische Parlament seiner Rolle als Haushaltsbehörde gerecht werden muss. Insbesondere werden dem Parlament der Voranschlag und der Bericht über die Haushaltsführung und das Finanzmanagement übermittelt und vorgelegt. Das Europäische Parlament erteilt dem Exekutivdirektor Entlastung zur Ausführung des Haushaltsplans.

### 3.2. Verbesserung der Steuerung von Europol



Der Verordnungsentwurf stellt darauf ab, die Steuerung Europol's durch Effizienzgewinne und schlankere Verfahren – insbesondere auf Ebene des Verwaltungsrats und des Exekutivdirektors – zu verbessern. Außerdem werden die Kommission und die Mitgliedstaaten jeweils durch ein Mitglied vertreten, um die gute Arbeit des Verwaltungsrats sicherzustellen.

Infolge der operativen Effektivität und Effizienz hat es sich in jahrelanger Erfahrung bewährt, dass die Polizeichefs eines jeden Mitgliedsstaates den Mitgliedstaat als Mitglied des Verwaltungsrates vertreten. Das Gleiche gilt für Personen, die von einem Mitgliedstaat nach Maßgabe ihrer Erfahrungen auf dem Gebiet der Leitung von Polizeieinheiten und ihre Kenntnisse im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit benannt werden. Es besteht die Möglichkeit, dass die Mitglieder des Verwaltungsrats ein stellvertretendes Mitglied benennen, das das ordentliche Mitglied in dessen Abwesenheit vertritt. Zu den Aufgaben des Verwaltungsrats gehört die Verabschiedung der jährlichen Arbeitsprogramme für das folgende Jahr, der mehrjährigen Arbeitsprogramme, des jährlichen Haushaltsplans Europol's, des konsolidierten Jahresberichts über die Tätigkeiten Europol's und der für Europol geltenden Finanzregelungen. Der Verwaltungsrat ernennt aus einer Liste von mindestens drei Bewerbern, die von einem Ausschuss, welcher sich aus dem Vertreter der Kommission im Verwaltungsrat und zwei weiteren Mitgliedern des Verwaltungsrats zusammensetzt, den Exekutivdirektor.

Der Verwaltungsrat fasst seine Beschlüsse bis auf Ausnahmen, in denen eine bessere Funktionstüchtigkeit und Flexibilität ermöglicht und geschaffen wird, mit einfacher Mehrheit.

Der Exekutivdirektor soll als rechtlicher Vertreter und Leiter von Europol für die Erfüllung der Europol übertragenen Aufgaben verantwortlich sein. Er soll seinen Aufgaben völlig unabhängig nachkommen können und sicherstellen, dass Europol die im Verordnungsvorschlag vorgesehenen Aufgaben erfüllt. Insbesondere soll er für die Ausarbeitung der dem Verwaltungsrat zur Beschlussfassung vorzulegenden Haushalts- und Planungsdokumente sowie für die Umsetzung der jährlichen oder mehrjährigen Arbeitsprogramme und sonstiger Planungsdokumente Europol's zuständig sein.

Der Verordnungsvorschlag sieht vor, dass die nationalen Europol-Stellen die nationalen Interessen in Europol sicherstellen und verfechten, wobei die nationalen Stellen als Kontaktstelle zwischen Europol und den zuständigen Behörden fungieren und auf diese Weise sichergestellt wird, dass die nationalen Stellen eine zentrale Rolle einnehmen und gleichzeitig Koordinatoren für die gesamte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten mit und über Europol sind, um so eine geschlossene Antwort der Mitgliedstaaten auf die Anforderungen Europol's zu garantieren.

### 3.3. Eine stabilere Architektur im Bereich des Datenschutzes

Der Vorschlag stellt auf eine Verschärfung der für die Tätigkeiten von Europol geltenden Datenschutzbestimmungen ab.

- Er führt den Europäischen Datenschutzbeauftragten ein, der uneingeschränkte Unabhängigkeit besitzt. Dem Europäischen Datenschutzbeauftragten stehen umfangreiche Befugnisse zu, wie die Entgegennahme und die Prüfung von Beschwerden, die Kontrolle und

Sicherstellung der Anwendung der Bestimmungen dieser Verordnung, die Beratung von Europol zu allen Fragen, die die Verarbeitung personenbezogener Daten betreffen, die Führung eines Registers der Verarbeitungen und die Vorabkontrolle der ihm gemeldeten Verarbeitungen.

- Die Verarbeitung personenbezogener Daten von Opfern, Zeugen, nicht verdächtigen Personen und Minderjährigen ist untersagt, es sei denn, dies ist unbedingt erforderlich. Dieses Verbot soll auch für Daten gelten, aus denen die rassische oder ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder philosophische Überzeugungen oder die Gewerkschaftszugehörigkeit hervorgehen, sowie für Daten über Gesundheit oder Sexualleben (sensible personenbezogene Daten). Außerdem soll Europol sensible personenbezogene Daten nur verarbeiten dürfen, wenn diese andere bereits von Europol verarbeitete personenbezogene Daten ergänzen.
- Der Zugang der Mitgliedstaaten zu von Europol gespeicherten personenbezogenen Daten aus operativen Analysen soll durch indirekten Zugriff nach dem Treffer/kein-Treffer-Verfahren erfolgen können; vorgesehen ist ein automatischer Abgleich, der anonyme „Treffer“ liefert, wenn eine Übereinstimmung von Daten des anfragenden Mitgliedstaats mit Daten Euopols vorliegt. Die betreffenden personenbezogenen Daten bzw. die konkreten Falldaten sollen sodann übermittelt werden können, falls ein entsprechendes separates Folgeersuchen ergeht.
- Schaffung von mehr Transparenz durch Stärkung des Rechts des Einzelnen auf Zugang zu bei Europol gespeicherten personenbezogenen Daten: Im Verordnungsentwurf wird aufgeführt, welche Informationen Europol Personen, die Zugang zu ihren personenbezogenen Daten beantragen, übermitteln muss.
- Einführung präziser Regeln für die Aufteilung der Zuständigkeiten beim Datenschutz: Europol soll insbesondere die Pflicht übertragen werden, regelmäßig zu überprüfen, ob noch die Notwendigkeit besteht, personenbezogene Daten weiterhin zu speichern.
- Die Registrierungs- und Dokumentationspflicht wird erweitert, so dass der Zugang nicht mehr beschränkt ist und nunmehr ein breiteres Spektrum an Tätigkeiten zur Verarbeitung von Daten umfasst wird: Erhebung, Veränderung, Zugang, Weitergabe, Verknüpfung oder Löschung. Um eine bessere Kontrolle der Datenverwendung zu ermöglichen und Klarheit darüber zu schaffen, wer welche Daten verarbeitet, sieht der Verordnungsvorschlag vor, dass die Protokolle nicht nachträglich verändert werden dürfen.
- Soweit dies für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist, kann Europol von privaten Parteien stammende personenbezogene Daten verarbeiten. Darüber hinaus kann Europol diese Daten von privaten Parteien direkt entgegennehmen, wenn die auf die private Partei anwendbaren nationalen Rechtsvorschriften die direkte Übermittlung dieser Daten an Strafverfolgungsbehörden zulassen. In diesem Fall übermittelt Europol unverzüglich alle Informationen, insbesondere die personenbezogenen Daten an die betreffenden nationalen Stellen.
- Einführung der Bestimmung, dass künftig jede Person von Europol eine Entschädigung wegen unrechtmäßiger Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten oder wegen einer sonstigen gegen die vorgeschlagene Verordnung verstoßenden Handlung

verlangen kann. In einem solchen Fall haften Europol und der Mitgliedstaat, in dem die betreffende Schädigung erfolgt ist, gemeinsam (Europol gemäß Artikel 340 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und der Mitgliedstaat gemäß seinem nationalen Recht).

- Beibehaltung der Bestimmung, dass die nationalen Datenschutzbehörden die Zulässigkeit der Eingabe und des Abrufs personenbezogener Daten sowie jedweder Übermittlung dieser Daten an Europol durch den betreffenden Mitgliedstaat überwachen und prüfen, ob hierdurch die Rechte der betroffenen Personen verletzt werden.
- Einführung einer „gemeinsamen Kontrolle“ der an Europol übermittelten und dort verarbeiteten Daten: In bestimmten Fragen, die die Mitwirkung der Mitgliedstaaten erfordern, sollen der Europäische Datenschutzbeauftragte und die nationalen Kontrollbehörden im Rahmen ihrer Zuständigkeiten zusammenarbeiten, um die einheitliche Anwendung der vorgeschlagenen Verordnung in der gesamten Europäischen Union sicherzustellen.

### 3.4. Verstärkung des Informationsaustauschs

Der Vorschlag stellt auf die Verbesserung der Informationsübermittlung von Seiten der Mitgliedstaaten auf Europol ab. Erreicht werden soll dies durch die Verstärkung des den Mitgliedstaaten obliegenden Erfordernisses zur Übermittlung einschlägiger Informationen an Europol. Hierfür dienen die nationalen Stellen als Kontaktstelle mit Europol.

Dank des von dem Verordnungsvorschlag vorgesehenen Systems für den Informationsaustausch werden durch Verfahrensgarantien für bestimmte Arten von Informationen hohe Datenschutz- und Datensicherheitsstandards geschaffen. Im Vorschlag wird detailliert dargelegt, zu welchen Zwecken Daten verarbeitet werden dürfen (Kreuzproben, strategische oder sonstige Analysen allgemeiner Art sowie operative Analysen in spezifischen Fällen), aus welchen Quellen die Daten stammen, und welche Personen auf sie zugreifen dürfen. Außerdem werden im Vorschlag Kategorien personenbezogener Daten aufgeführt, und für jede spezifische Datenverarbeitungstätigkeit wird angegeben, von welchen betroffenen Personen personenbezogenen Daten verarbeitet werden dürfen. Die Befugnisse, die der Verordnungsentwurf dem Europäischen Datenschutzbeauftragten verleiht, stellen ebenfalls hohe Schutzstandards sicher.

## 4. FOLGENABSCHÄTZUNG

Grundlage der sich auf Europol beziehenden Folgenabschätzung waren die beiden politischen Ziele, zum einen die von Seiten der Mitgliedstaaten zu leistende Informationsübermittlung an Europol zu verstärken und zum anderen eine Datenverarbeitungsumgebung zu schaffen, die es Europol ermöglicht, die Mitgliedstaaten bei der Prävention und Bekämpfung von schweren Straftaten und Terrorismus in vollem Umfang zu unterstützen. Bezüglich des erstgenannten Ziels wurden zwei Optionen geprüft: 1.) Klarstellung bzw. Präzisierung der den Mitgliedstaaten obliegenden Pflicht, Daten an Europol zu übermitteln, einschließlich Schaffung von Anreizen und Einführung eines Mechanismus für die Berichterstattung über die diesbezügliche Pflichterhaltung der einzelnen Mitgliedstaaten, und 2.) Gewährung eines Europol-eigenen Zugangs zu einschlägigen nationalen Strafverfolgungsdatenbanken nach dem Treffer/kein-Treffer-Verfahren. Bezüglich des Ziels, eine geeignete

Datenverarbeitungsumgebung zu schaffen, wurden ebenfalls zwei Optionen geprüft: 1.) Zusammenlegung der beiden bestehenden Analysedateien und 2.) Schaffung einer neuen Datenverarbeitungsumgebung nebst Einführung von Verfahrensgarantien zur Umsetzung einschlägiger Datenschutzprinzipien, insbesondere der Grundsätze des „eingebauten Datenschutzes“.

Jede Option wurde gemäß der gängigen Verfahrensweise der Kommission unter Hinzuziehung einer dienststellenübergreifenden Lenkungsgruppe auf ihre Auswirkungen in punkto Sicherheit und Grundrechte geprüft.

Im Fall ihrer Umsetzung würde sich die Effizienz von Europol als Agentur, die umfassende Unterstützung für Strafverfolgungsbedienstete in der Europäischen Union leistet, der Folgenabschätzung zufolge weiter erhöhen.

## **5. AUSWIRKUNGEN AUF DEN HAUSHALT**

Die endgültige Stellenzahl und der Gesamtmittelbedarf hängen vom Ergebnis der kommissionsinternen Prüfung des Ressourcenbedarfs der dezentralen Agenturen im Zeitraum 2014-2020 und vom Ausgang der Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen ab (insbesondere von der Bewertung des „tatsächlichen Bedarfs“ vor dem Hintergrund konkurrierender Forderungen nach stark begrenzten Haushaltsmitteln und der geforderten fünfprozentigen Personalkürzung in den Agenturen).